



ZUKUNFTSFORUM
POL



92 | 2008

Armin Pfahl-Traughber

Der „zweite Frühling“ der NPD

ENTWICKLUNG, IDEOLOGIE,
ORGANISATION UND STRATEGIE
EINER RECHTSEXTREMISTISCHEN
PARTEI



ISBN 978-3-940955-22-7

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 | VORWORT

7 | 1. EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

9 | 2. DIE ENTWICKLUNG DER „ALTEN“ NPD VON 1964 BIS 1996

2.1 Die Gründung der NPD als Sammelpartei der
extremistischen Rechten

2.2 Die Entwicklungsgeschichte der Partei in den
1960er Jahren

2.3 Die ideologische Ausrichtung und politische Programmatik
der NPD

2.4 Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung

2.5 Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung

2.6 Ursachen für Aufstieg und Scheitern der NPD

2.7 Die Entwicklung der Partei in den 1970er und
1980er Jahren

2.8 Krise und Niedergang der NPD bis 1996

23 | 3. DIE ENTWICKLUNG DER „NEUEN“ NPD AB 1996

3.1 Die Entwicklungsgeschichte ab 1996

3.2 Die ideologische Ausrichtung und politische Programmatik

3.3 Strategische Entwicklung und Optionen

3.4 Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung

3.5 Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung

3.6 Die besondere Situation in den ostdeutschen Ländern

3.7 Die Auseinandersetzung um das NPD-Verbotsverfahren

3.8 Vergleichende Betrachtungen mit der „alten“ NPD

36 | 4. IDEOLOGIE UND STRATEGIE DER NPD

4.1 Der völkische Nationalismus als ideologischer Kern

4.2 Die Feindbilder: Ausländer, Juden und das System

4.3 Der neue Agitationsschwerpunkt: Sozial- und Wirtschaftspolitik

4.4 Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen mit der
national-sozialistischen Ideologie

4.5 Die Vier-Säulen-Strategie I: „Kampf um die Köpfe“

4.6 Die Vier-Säulen-Strategie II: „Kampf um die Straße“

4.7 Die Vier-Säulen-Strategie III: „Kampf um die Parlamente“

4.8 Die Vier-Säulen-Strategie IV: „Kampf um den organisierten
Willen“

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-22-7

49 | 5. DIE ANDEREN BEREICHE DES RECHTSEXTREMISMUS UND IHR VERHÄLTNIS ZUR NPD

- 5.1 *„Die Republikaner“ als Vertreter einer sich mäßigenden extremistischen Rechten*
- 5.2 *Das Verhältnis von NPD und REP*
- 5.3 *Die DVU als finanzstarke, aber strukturschwache Partei*
- 5.4 *Das Verhältnis von DVU und NPD*
- 5.5 *Die Neonazi-Szene zwischen Aktionsorientierung und Kameradschaftsstrukturen*
- 5.6 *Das Verhältnis von Neonazi-Szene und NPD*
- 5.7 *Intellektuelle zwischen Fundamentalismus und Mimikry*
- 5.8 *Das Verhältnis von Intellektuellen und NPD*

63 | 6. ANALYTISCHE EINSCHÄTZUNGEN ZUR BILANZIERENDEN BEWERTUNG DER NPD

- 6.1 *Ablehnung der Individualität und Dominanz des Kollektivismus als Grundprinzip*
- 6.2 *Regionale Basisarbeit als Voraussetzung für eine gesellschaftliche Verankerung*
- 6.3 *Die günstigen Gelegenheitsstrukturen für die NPD in Ostdeutschland*
- 6.4 *Einstellungen und Protest als Wahlmotive für die NPD*
- 6.5 *Externe und interne Bedingungsfaktoren für die NPD-Wahlergebnisse*
- 6.6 *Eine bilanzierende Einschätzung des politischen Gefahrenpotentials*
- 6.7 *Argumente für und gegen ein NPD-Verbot*
- 6.8 *Kritische Anmerkungen zu Strategien gegen die NPD*

77 | 7. SCHLUSSFOLGERUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

79 | DER AUTOR

79 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Es bedarf keiner vertieften Erklärung, wie sehr es erforderlich ist, den Feinden der Freiheit entschieden entgegen zu treten und wie wichtig es ist, menschenverachtenden Ideologien die Kraft eines Menschenbildes gegenüberzustellen, das den Menschen in seiner Individualität und seiner unantastbaren Würde in den Mittelpunkt allen Handelns stellt. Voraussetzung für das Gelingen dieser „Maßnahme“ ist allerdings, dass Gruppierungen, die extremistische Auffassungen verbreiten, nicht etwa ignoriert werden, sondern eine nachhaltige politische Auseinandersetzung mit ihnen erfolgt. „Politische Sprachlosigkeit“ kann auch als mangelnder Widerspruch fehl interpretiert werden.

Eine solche Auseinandersetzung, die konzentriert und entschieden, aber auch unaufgeregt geführt werden sollte, erfordert eine genaue Kenntnis der Entwicklung, der ideologischen Grundlagen, der Organisationsformen und der Strategie der maßgeblichen Träger extremistischen Gedankenguts. Im rechtsextremen Bereich ist ein solcher maßgeblicher Träger die NPD.

Armin Pfahl-Traughber zeigt in seiner Studie detailliert die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand dieser rechtsextremistischen Partei auf. Der Tatsache, dass diese Partei über ein nazistisches und gefährliches Welt- und Menschenbild verfügt, stellt er die Erkenntnis an die Seite, dass es ihr trotz aller Professionalisierungstendenzen, trotz der Verbindung mit den „Kameradschaften“ nicht gelungen ist, zu einem bestimmenden Faktor über das eigene Spektrum heraus zu werden. Zugleich ermuntert er keinesfalls verharmlosend, sondern differenzierend zur politischen Auseinandersetzung mit der Partei, die – wie er sagt – „mangels realistischer Alternativen und intellektuellen Potentialen“ relativ einfach zu gewinnen sei.

Die Adenauer-Stiftung will mit dieser Studie und einer Reihe von anderen aktuellen Untersuchungen zum Rechtsextremismus aufzeigen, dass es sich lohnt, undemokratische Vereinigungen mit demokratischen Mitteln entschieden zu bekämpfen. Sie will informieren und Grundlagen für das politische Eintreten gegen jegliche Form von Extremismus legen. Armin Pfahl-Traubher sei für seinen Beitrag zu diesem Projekt herzlich gedankt.

Berlin, im September 2008

Dr. Michael Borchard

*Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

1. EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

Bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 und in Mecklenburg-Vorpommern 2006 konnte die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) seit 1968 erstmals wieder die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und in ein Landesparlament einziehen. In der Zeit zwischen den beiden Wahlen schloss die Partei den „Deutschlandpakt“ mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU), der in klaren Wahlabsprachen besteht und Konkurrenzkandidaturen in der Zukunft verhindern soll. Gleichzeitig kooperiert die NPD in Gestalt von gemeinsamem Aufmärschen und Demonstrationen mit der Neonazi-Szene. Sie konnte in jüngster Zeit immer mehr Anhänger gewinnen und ist nahezu doppelt so stark wie noch vor zehn Jahren. Ist demnach die NPD auf dem besten Weg, sich als Wahlpartei zu etablieren? Bündelt sie zunehmend die lange Zeit zersplitterten Teile des deutschen Rechtsextremismus? Droht ein gesellschaftlicher Bedeutungsanstieg für dieses politische Lager sowohl für den Bereich der Parteipolitik und Wahlen wie für das Feld der Bewegung und Öffentlichkeit?

Derartigen Befürchtungen und Hypothesen stehen andere Entwicklungen und Sachverhalte entgegen: Die NPD konnte bislang lediglich in ostdeutschen Ländern Erfolge von über fünf Prozent der Stimmen erzielen. Bei allen Wahlen in westdeutschen Ländern – vor, zwischen und nach den Erfolgen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen – scheiterte die Partei mit Voten von unter zwei Prozent der Stimmen (Ausnahme Saarland mit vier Prozent 2004). Die Zahl ihrer Mit-

glieder stieg zwar kontinuierlich an, bewegt sich aber lediglich bei 7.200 Personen. Selbst zusammen mit den 7.000 Mitgliedern der DVU und den 4.400 Anhängern der Neonazi-Szene füllen sie noch nicht einmal die Hälfte eines Bundesliga-Fußballstadions. Von einer gesellschaftlichen Akzeptanz des rechtsextremistischen Lagers kann darüber hinaus nicht gesprochen werden. Sind demnach die Ängste und Irritationen angesichts eines doch nur scheinbar wachsenden Rechtsextremismus überflüssig? Handelt es sich nur um eine vergängliche und zeitweilige Entwicklung ohne festen Bestand?

Wie beide Interpretationsmöglichkeiten veranschaulichen, kann auf die Frage nach der Bedeutung und dem Gefahrenpotential des Rechtsextremismus im Allgemeinen und der NPD im Besonderen keine einfache Antwort gegeben werden. Um eine differenzierte Erörterung der damit angesprochenen Fragestellung vorzunehmen, soll hier zunächst die Geschichte der „alten“ NPD von 1964 bis 1996 beschrieben und bewertet werden (Kapitel 2). Danach geht es um die Entwicklung und Interpretation der „neuen“ NPD von 1996 bis in die Gegenwart (Kapitel 3), wobei aus der vergleichenden Betrachtung beider Phasen wichtige Rückschlüsse für die Einschätzung der aktuellen Situation gezogen werden können. Dem schließt sich eine gesonderte Analyse von aktueller Ideologie und Strategie der Partei (Kapitel 4) sowie des Verhältnisses zu den anderen Bereichen des Rechtsextremismus (Kapitel 5) an. Schließlich soll noch eine gesonderte Auseinandersetzung mit ausgewählten Aspekten von der Gefahreinschätzung über die Gegenstrategien bis zur Ursachenanalyse (Kapitel 6) erfolgen.

2. DIE ENTWICKLUNG DER „ALTEN“ NPD VON 1964 BIS 1996

Warum bedarf es für die Analyse und Bewertung der heutigen NPD einer Betrachtung und Deutung der früheren NPD? Dafür gibt es verschiedene Gründe: Es handelt sich erstens bei der Partei um keine neue politische Kraft, wie vielfach nach den Wahlerfolgen 2004 und 2006 in der Öffentlichkeit angenommen wurde. Ihre gegenwärtige Ausrichtung und Entwicklung ist daher auch im Lichte der Vergangenheit zu sehen. Die NPD verfügte zweitens im Zeitraum vor Mitte der 1990er Jahre über ein anderes ideologisches, organisatorisches und strategisches Profil. Gerade mittels einer vergleichenden Betrachtung der „alten“ mit der „neuen“ NPD lassen sich die spezifischen Konturen in ihrem aktuellen Erscheinungsbild besser verdeutlichen. Bei der NPD in den 1960er Jahren handelte es sich drittens um die bislang erfolgreichste rechtsextremistische Wahlpartei im Deutschland der Nachkriegszeit. Die vergleichende Betrachtung mit ihr liefert daher auch Kriterien für die differenzierte Einschätzung von Bedeutung und Gefahrenpotential der gegenwärtigen NPD.

2.1 DIE GRÜNDUNG DER NPD ALS SAMMEL- PARTEI DER EXTREMISTISCHEN RECHTEN

Anfang der 1960er Jahre stand es aus Sicht seiner Anhänger schlecht um den parteipolitischen Rechtsextremismus¹ in der

Bundesrepublik Deutschland.² Zwar existierten bereits zur Gründungszeit des neuen Staates gleich vier rechtsextremistische Parteien³, zwei mit bundesweitem Anspruch in Form der „Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei“ (DKP-DRP)⁴ und der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP)⁵ und zwei mit regionalem Anspruch in Gestalt der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP)⁶ in Hessen und der „Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung“ (WAV)⁷ in Bayern. Bei Wahlen konnten sie aber keine Erfolge erzielen, sieht man einmal von der SRP ab. Sie erhielt 1951 bei der Landtagswahl in Niedersachsen 11 Prozent und bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft 7,7 Prozent der Stimmen. Aufgrund ihrer Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus wurde die SRP aber nach einem Antrag der Bundesregierung 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten.

Bereits zuvor entstand 1950 die „Deutsche Reichspartei“ (DRP)⁸ als Fusion des niedersächsischen Landesverbandes der DKP-DRP und der hessischen NDP. Als eine eher traditionell autoritär-konservativ geprägte Partei erhielt sie durch die Zugänge ehemaliger SRP-Aktivisten einen nationalsozialistisch orientierten Flügel, der zwar bedeutsam, aber nicht vorherrschend wurde. Bei Wahlen konnte die DRP nicht an die Erfolge der SRP anknüpfen: Bei den Bundestagswahlen 1953 erhielt sie lediglich 1,1 Prozent der Stimmen, ein Anteil, der bis 1961 auf 0,8 Prozent zurückging. Zwar bildete die Partei die dominierende Kraft im Rechtsextremismus, spielte aber als Wahlpartei mit einer solch geringen Zustimmung keine Rolle. Darüber hinaus waren die organisierten Kräfte in diesem politischen Lager nicht gebündelt, sondern in Parteien und Vereine mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung zersplittert. Dies führte nicht nur zur Aufspaltung der vorhandenen Anhängerschaft, sondern auch der potentiellen Wählerschaft.

Anfang der 1960er Jahre setzte sich im rechtsextremistischen Lager zunehmend die Einsicht durch, dass man um der beabsichtigten Wahlerfolge willen, die Kräfte bündeln müsse. Vorantreibende Kraft dieser Entwicklung war der zwischenzeitlich zum DRP-Vorsitzenden aufgestiegene Adolf von Thadden⁹, der an die Erfahrungen eines relativen Erfolgs bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1963 anknüpfen wollte: Dort hatte eine gemeinsame Liste von DRP und „Deutscher Partei“ (DP)¹⁰ mit 5,2 Prozent der Stimmen knapp den Einzug in das Parlament geschafft. Als Folge der bündnispolitischen und organisatorischen Entwicklungen im rechtsextremistischen Lager kam es ein Jahr später, am 28. November

1964, zur Gründung der NPD.¹¹ In ihr versammelten sich fortan frühere Mitglieder anderer rechtsextremistischer Parteien, wobei aber die Führungskräfte der DRP überwogen. Gleichwohl handelte es sich um eine Sammelpartei zur Konzentration der Kräfte. Damit war eine wichtige lagerinterne Voraussetzung für die kommenden Wahlerfolge entstanden.

2.2 DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER PARTEI IN DEN 1960ER JAHREN

Aufgrund der starken Dominanz von DRP-Funktionsträgern und -Mitgliedern mag verwundern, warum nicht deren Vorsitzender von Thadden, sondern Friedrich Thielen¹² erster Bundesvorsitzender der NPD wurde. Dafür gab es einen strategischen Grund: Im öffentlichen Agieren bemühte sich die neue Partei darum, vom Ruf einer ideologischen Nachfolgeorganisation der NSDAP weg zu kommen. So vermied die NPD etwa im Unterschied zu ihren Vorläuferorganisationen aggressive Forderungen und bekannte sich formal zu „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ – allerdings in einer anderen Form, als diese Prinzipien dem demokratischen Verfassungsstaat eigen sind. Dies diente ebenso wie die verbale Bejahung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht nur dazu, einem möglichen Verbotsverfahren keine Anknüpfungspunkte zu geben. Darüber hinaus bemühte man sich um ein bürgerliches, konservatives und seriöses Image, wofür das ehemalige CDU-Mitglied Thielen mehr als das frühere DKP-DRP- und DRP-Mitglied von Thadden stand.

Hiermit hatte die Partei eine weitere wichtige Lehre für ihre strategische Ausrichtung gezogen: In einer zunehmend von der Bevölkerung akzeptierten Staatsform der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Rechtsstaates verschreckt eine sich offen extremistisch und verfassungsfeindlich gebende Partei weite Teile der Öffentlichkeit und Wählerschaft. Nur mit einem gemäßigten Image und einem legalistischen Kurs kann breiter in die Gesellschaft hineingewirkt und Sympathie mobilisiert werden. Gleichwohl führt diese strategische Ausrichtung in der Regel auch zu innerparteilichen Konflikten: Die gemäßigten Kräfte fühlen sich instrumentalisiert und marginalisiert, die radikaleren Strömungen wollen sich deutlicher artikulieren und positionieren. Daher kam es in der NPD intern immer wieder zu heftigen Konflikten um die richtige Linie. In der Folge einer solchen Auseinandersetzung, die aber auch einen machtpolitischen und persönlichen Charakter hatte, trat Thielen im Sommer 1967 aus der Partei aus und überließ von Thadden das Amt des Vorsitzenden.¹³

Da er schon seit Gründung der NPD eine Art „Vorsitzender im Hintergrund“ war, verlief dieser Wechsel an der Spitze relativ reibungslos. Von Thadden versuchte fortan die NPD straff zu führen und fand dafür aufgrund seines hohen Ansehens in der Partei großen Rückhalt. Die Parteitage plante die NPD-Führung ohnehin so, dass sie nur zur Legitimation des offiziellen Kurses und nicht zur Diskussion kontroverser Fragen genutzt wurden.¹⁴ Bei Personalfragen konnte sich aber auch von Thadden nicht immer durchsetzen. Trotz der erwähnten ständigen inneren Auseinandersetzungen, welche die Partei in ihrer Arbeit und Außenwirkung teilweise lähmten, wuchs die Mitgliedschaft binnen kurzer Zeit enorm an. Damit war auch genügend Personal vorhanden, um in den einzelnen Bundesländern funktionsfähige Organisationsstrukturen aufzubauen. Diese ermöglichten einen engagierten Wahlkampf, dem zwischen 1966 und 1968 der regelmäßige Sprung in den jeweiligen Landtag folgte.¹⁵ Auf beide Aspekte wird noch näher eingegangen.¹⁶

2.3 DIE IDEOLOGISCHE AUSRICHTUNG UND POLITISCHE PROGRAMMATIK DER NPD

Wie bereits angedeutet, gab sich die NPD bei der Artikulation ihrer politischen Positionen¹⁷ – um der öffentlichen Wirkung willen – seriös und zurückhaltend. Daher enthält das erste offizielle Programm von 1967¹⁸ – also zum Zeitpunkt der ersten herausragenden Wahlerfolge – relativ allgemein gehaltene Positionen, welche weder ein genaues demokratienoch ideologietheoretisches Profil erkennen lassen. Man findet in dem Text das Bekenntnis zu Bauerntum und Mittelstand sowie zu Marktwirtschaft und Unternehmertum, die Forderungen nach einer Stärkung des Nationalbewusstseins und der Überwindung der Teilung Deutschlands, Klagen über kulturellen Niedergang und sittlichen Verfall, die Ablehnung einer „Kollektivschuld“ der Deutschen am Zweiten Weltkrieg und des amerikanischen und sowjetischen Einflusses in den beiden deutschen Staaten und die Bejahung von Arbeitsfrieden und Interessenausgleich sowie von Demokratie und Grundordnung. Letzterem widersprechen allerdings andere Aussagen und Handlungsweisen:

Das Gründungsmanifest der NPD von 1964¹⁹ enthielt denn auch weitaus schärfere Positionen, was sich etwa anhand der Forderung nach einem starken Staat und dessen Umsetzung des Prinzips „Jedem das Seine“ zeigte. Darüber hinaus sollten Ausländer einen geringeren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz haben, das angeblich „zersetzende

Meinungsmonopol“ des Fernsehens wollte man aufheben, und die Prozesse gegen ehemalige NS-Kriegsverbrecher sollten ihr Ende finden.

Noch deutlicher wurde man in einem *Politischen Lexikon* von 1966²⁰, das den Mitgliedern zur politischen Orientierung diene. Darin artikuliert sich die Forderung nach einer identitären Demokratie mit elitärer Führung, die Beschwörung der Ideale einer ethnisch und politisch homogenen „Volksgemeinschaft“, die Einforderung eines über der Gesellschaft stehenden starken Staates, die doch sehr positive und wohlwollende Kommentierung des „Dritten Reichs“ mit nur leichten kritischen Ansätzen und die hohe Wertschätzung von einigen zeitgenössischen autoritären Diktaturen in Europa.

Angesichts dieser Auffassungen stellt sich die Frage, ob die damalige NPD über eine nationalsozialistische Ausrichtung verfügte? So angemessen bei den referierten Positionen die Zuordnung zum Rechtsextremismus ist, so muss dies nicht zwingend auch eine Zuordnung zum Nationalsozialismus bedingen. Die Gemeinsamkeiten beziehen sich auf ideologische Merkmale, die weitgehend allen Rechtsextremisten eigen sind. Dafür können bei der Hervorhebung ethnischer Identität und bei sozialpolitischen Positionen Unterschiede ausgemacht werden: Die NPD verfügte über eine stärker besitzbürgerliche Ausrichtung und weniger über eine sozialrevolutionäre Orientierung. Hinzu kommt die ausgeprägte nationalistische und geringere rassistische Ausrichtung der Parteiideologie. Insofern stand die NPD der 1960er Jahre primär in der Tradition des Deutschnationalismus und weniger in der des Nationalsozialismus.²¹ Diese – auch im Vergleich zur heutigen NPD – wichtige Differenzierung ändert aber nichts an der Einschätzung der Partei als rechtsextremistisch.

2.4 DIE MITGLIEDERENTWICKLUNG UND -ZUSAMMENSETZUNG

Im Verlauf der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelangen der NPD sowohl externe wie interne Erfolge, die sich für den deutschen parteipolitischen Rechtsextremismus in dem Ausmaß bis zu diesem Zeitpunkt und auch in den späteren Jahren nicht mehr ausmachen lassen. Zunächst zum erstgenannten Gesichtspunkt: Die Zahl der Mitglieder wuchs 1965 auf 13.700 an, verdoppelte sich 1966 auf fast 25.000 und stieg 1967 noch einmal auf 28.000 an, um dann 1968 kurz auf 27.000 zurückzugehen, aber 1969 wieder auf 28.000 anzusteigen. Hierbei fällt auf, dass der

bedeutendste Schub beim Anstieg der Mitglieder bereits im ersten Jahr der Wahlerfolge ausgemacht werden konnte. 1966 verzeichnete die NPD einen Zugewinn von 11.300 Personen, obwohl man in diesem Jahr lediglich Erfolge bei zwei Landtagswahlen erringen konnte. Die fünf „Sprünge“ in die Landesparlamente zwischen 1967 und 1969 motivierten nur noch 3.000 Personen zum Parteieintritt. Offenbar war das Potential an interessierten und möglichen NPD-Mitgliedern dadurch schon weitgehend erschöpft.

Wie setzten sich nun die Angehörigen der Partei sozial zusammen?²²

Hinsichtlich des Alters fällt auf, dass in der Gründungsphase der NPD der Durchschnitt im Bereich von 50 Jahren lag. Damit handelte es sich genau um die Altersgruppe, die persönlich und politisch während der Zeit des Nationalsozialismus sozialisiert wurde. Mit der Zeit sank der Altersdurchschnitt der NPD-Mitglieder und näherte sich dem der Gesamtbevölkerung an. Unterrepräsentiert blieben dann aber auch die unter 30jährigen und die über 60jährigen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigte sich eine eindeutige Überrepräsentanz von Männern im Bereich von gut 90 Prozent. Hinsichtlich der einzelnen Berufsgruppen und sozialen Zusammensetzung ergab sich ein deutlich höherer Anteil von Bauern, Einzelhändlern und Handwerkern, während Angestellte, Arbeiter und Studenten unterrepräsentiert blieben. Somit kann die Mitgliedschaft als stark mittelständig geprägt gelten, ihr gehörten aber auch Angehörige aus anderen sozialen Schichten in bedeutender Zahl an.

Die regionalen Hochburgen der NPD lagen in Bayern, Hessen, Niedersachsen, dem Saarland und Schleswig-Holstein, während sie in Nordrhein-Westfalen nur wenig Zulauf hatte. Ebendort konnte man als einzigem größeren Flächenland auch nicht in den Landtag einziehen. Dafür war der Landesverband in Baden-Württemberg nur durchschnittlich stark entwickelt, in diesem Bundesland konnte die NPD aber ihren bislang mit Abstand größten Wahlerfolg verbuchen. Demnach bestand ein eher schwacher Zusammenhang von Organisationsstärke und Wahlerfolg. Hinsichtlich der Stadt-Land-Verteilung zeigte sich, dass die Mitgliedschaft der Partei weniger aus Großstädten und mehr aus kleineren und mittelgroßen Städten stammte. Zuvor waren die NPD-Angehörigen zu einem guten Drittel in der DRP organisiert und zu einem Fünftel vor 1945 NSDAP-Mitglieder. Bezogen auf die Mandatsträger der Partei in den sieben Landtagen ließ sich ebenfalls ein hoher Anteil von Abgeordneten aus dem Mittelstand und ein geringer Anteil von Akademikern ausmachen.²³

2.5 DIE WÄHLERENTWICKLUNG UND -ZUSAMMENSETZUNG

Bei den Wahlen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelangen der NPD Erfolge, die danach nie wieder eine rechtsextremistische Partei in dieser Kontinuität verzeichnen konnte: Bei der Bundestagswahl 1965 und den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 1966 erzielte die NPD mit 2,0 Prozent bzw. 3,9 Prozent der Stimmen zunächst nur Achtungserfolge. Danach übersprang die Partei aber bei mehreren Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde: 1966 erhielt sie in Bayern 7,4 und in Hessen 7,9 Prozent, 1967 in Rheinland-Pfalz 6,9, in Schleswig-Holstein 5,8, in Niedersachsen 7,0 und in Bremen 8,8 Prozent der Stimmen. Und 1968 gelang der Partei in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent der Stimmen ihr bislang größter Erfolg bei Wahlen, wodurch sie auch in den siebten Landtag eine Fraktion entsenden konnte. Alles deutete zu jener Zeit darauf hin, dass die NPD bei der Bundestagswahl 1969 ins Parlament einziehen und sich damit als Wahlpartei etablieren würde. Hier scheiterte sie – wenngleich nur knapp – mit 4,3 Prozent der Stimmen.

Wie setzte sich nun die Wählerschaft der NPD sozial zusammen?²⁴ Zunächst zum Aspekt der Hochburgen: Dabei handelte es sich um mittelständisch dominierte ländliche Regionen mit relativ unterentwickelter Wirtschaftsstruktur und einer protestantischen Dominanz. Es bestanden somit Kontinuitäten zu den Hochburgen der anderen rechtsextremistischen Parteien der 1950er Jahre, aber auch zu den Hochburgen der NSDAP vor 1933. Als Berufsgruppen waren in der NPD-Wählerschaft vor allem Einzelhändler, kleinere Gewerbetreibende, Landwirte und andere Angehörige des alten Mittelstandes überrepräsentiert. Mit der Zeit gelang es, eine stärkere Zustimmung in der Arbeiterschaft zu gewinnen, womit sich ein für die Ursachenanalyse der Wahlzustimmung zu rechtsextremistischen Parteien interessanter Aspekt andeutet: Je mehr die NPD sich als Wahlpartei zu etablieren schien, desto mehr näherte sich die Sozialstruktur der Wählerschaft der Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung an.

Als weitere Besonderheit bei der Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft fällt auf, dass es sich bei um die sieben Zehntel um Männer handelte und die Altersgruppe der 45 bis 60jährigen dominierte. Aber auch hier gilt, dass sich die Altersstruktur der Wählerschaft im Laufe der scheinbaren Etablierung der NPD als Wahlpartei immer mehr dem Bevölkerungsdurchschnitt anpasste, d. h. kontinuierlich eine Verjüngung eintrat. Hinsichtlich der formalen Bildung ließ sich eine Überrepräsentanz

der höher Gebildeten in der Altersgruppe der im „Dritten Reich“ Sozialisierten ausmachen, während der Anteil der höher Gebildeten unter Jüngeren bei den NPD-Wählern unterrepräsentiert war. Gegen Ende der 1960er Jahre näherte sich die soziale Zusammensetzung der Partei – mit einem leichten Übergewicht der Angehörigen des alten Mittelstandes – immer mehr der von der Gesamtbevölkerung an. Daher kann es sich bei den Motiven zugunsten einer NPD-Wahl nicht primär um Sozialprotest aufgrund von ökonomischen Umbrüchen handeln.²⁵

2.6 URSACHEN FÜR AUFSTIEG UND SCHEITERN DER NPD

Die NPD war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die bislang erfolgreichste rechtsextremistische Wahlpartei. Daher ist die Frage nach den Ursachen für ihren Aufstieg und ihr Scheitern von besonderem Interesse. Hierbei spielte nicht nur jeweils ein Bedingungsfaktor die entscheidende Rolle, vielmehr muss von einem Bündel unterschiedlicher Ursachen im Wechselverhältnis miteinander ausgegangen werden.²⁶ Zu deren Unterscheidung bietet sich die Differenzierung nach externen und internen Aspekten an. Mit letzteren sind die Entwicklungen in der Partei selbst bzw. im rechtsextremistischen Lager gemeint. Die externen Aspekte verweisen auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wozu etwa das Ansehen der etablierten Parteien und Politik, der Stand der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung oder das Vorhandensein von gegnerischen Bewegungen und Organisationen gehörten. Auch die externen und internen Bedingungsfaktoren dürfen nicht isoliert, sondern sollten miteinander kombiniert betrachtet werden.

Zu den internen Erfolgsfaktoren zählen die Konzentration der rechtsextremistischen Kräfte innerhalb der NPD, die formale Mäßigung der politischen Positionen um eines seriösen Erscheinungsbildes willen, das Vorhandensein respektabler Parteivorsitzender und Führungskräfte, die relativ große personelle Stärke der Partei, die breite strukturelle Verankerung der NPD in den Bundesländern und die gezielte thematische Ansprache der Kriegsgeneration und Vertriebenen. Zu den internen Niedergangsfaktoren sind die ständigen internen Machtkämpfe um die Linie der Partei, die Inkompetenz auf den in Wahlkämpfen immer wichtiger werdenden Themenfeldern der Finanz- und Wirtschaftspolitik, die gewalttätigen Auseinandersetzungen bei öffentlichen NPD-Veranstaltungen, das brutale Vorgehen des parteieigenen „Ordnerdienstes“, die Affäre um von Thaddens „schießwütigen“ Leibwächter und die Wahlempfehlung

des größten rechtsextremistischen Publikationsorgans *National-Zeitung* für die CDU/CSU zu rechnen.

Die externen Erfolgsbedingungen beinhalten das für Kleinparteien günstige Verhältniswahlrecht, das Bestehen einer großen Koalition ohne wirkliche parlamentarische Opposition, die im „Wirtschaftswunderland“ erstmals einsetzende Wirtschaftskrise, die besondere Betroffenheit des alten Mittelstandes als traditionelle Wählerklientel von Rechtsextremisten, die Ablehnung des rabiaten Auftretens der Achtundsechziger-Bewegung und das Vorhandensein eines relevanten rechtsextremistischen Einstellungspotentials in der Bevölkerung. Als externe Niedergangsbedingungen wären die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, das damit verbundene Absinken des Unmuts über die etablierte Politik, das stärkere Aufgreifen konservativer und nationaler Themen durch die Union während ihrer Oppositionszeit, die kritische bis negative Berichterstattung über die NPD in den Medien, die fortwährenden öffentlichen Proteste gegen die Partei durch die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte und die Stigmatisierung der NPD als neue NSDAP zu nennen.

2.7 DIE ENTWICKLUNG DER PARTEI IN DEN 1970ER UND 1980ER JAHREN

Nach dem gescheiterten Versuch, 1969 in den Bundestag einzuziehen, setzte bei der NPD sowohl der organisatorische als auch der elektorale Niedergang ein.²⁷ Die Partei hatte mit durchaus berechtigter Hoffnung einen Wahlerfolg erwartet und musste nun eine bittere und frustrierende Niederlage einstecken. Die durch die Fixierung auf die Bundestagswahl mühevoll zurückgehaltenen innerparteilichen Spannungen brachen nun in offene Konflikte aus. In deren Folge trat von Thadden von seinem Amt als Bundesvorsitzender zurück und überließ es Martin Mußnug²⁸. Binnen kurzer Zeit verlor die NPD einen Großteil ihrer Mitglieder: 1970 gehörten ihr schon nur noch 21.000 Personen an, 1972 sank die Zahl auf 14.500, und 1975 waren es gerade nur noch 10.800. Parallel dazu schrumpfte auch die Zustimmung bei Wahlen, blieb man doch fortan weit unter fünf Prozent der Stimmen. Bei den Landtagswahlen 1970 erreichte die NPD noch zwischen 1,1 und 3,4 Prozent, 1971 nur noch zwischen 1,3 und 2,8 Prozent und 1972 bei der Bundestagswahl lediglich 0,6 Prozent der Stimmen.

Besonders das letztgenannte Ergebnis, das sich auch durch die starke Polarisierung von CDU und SPD im Wahlkampf und der damit verbundenen Fixierung auf die Großparteien erklärt, wurde als vernichtende Niederlage empfunden. Große Teile des eher gemäßigten nationalkonservativen Flügels waren schon zuvor aus der Partei ausgetreten. Nun beschritten diesen Weg auch die jüngeren radikalen Kräfte. Viele von ihnen fanden sich kurze Zeit später in den verschiedenen Neonazi-Gruppen²⁹ im Umfeld von Michael Kühnen wieder. Wiederum andere NPD-Mitglieder wandten sich der von dem Verleger der *National-Zeitung* Gerhard Frey 1971 gegründeten „Deutschen Volksunion“³⁰ zu. Sie erwies sich damit als wichtiges Auffangbecken für frustrierte Parteimitglieder und löste die NPD im Laufe der 1970er Jahre als mitgliederstärkste Organisation im Rechts-Extremismus ab. Von knapp 5.000 Mitglieder im Jahr 1976 stieg deren Zahl 1980 auf über 10.000, während die NPD in dem gleichen Zeitraum einen weiteren Rückgang von 9.700 auf 7.200 Mitglieder zu verzeichnen hatte.³¹

Anfang der 1980er Jahre begann die Partei verstärkt auf das Themenfeld Ausländerpolitik zu setzen. So gründete man etwa aus strategischen Motiven Bürger- und Wahlinitiativen für „Ausländerstopp“, die allerdings weder in der Bevölkerung noch bei Wahlen große Resonanz hatten. Die Ergebnisse blieben meist weit unter 0,5 Prozent der Stimmen. Von daher konnten sogar die 0,8 Prozent der Stimmen für die NPD bei der Europawahl 1984 als relativer Erfolg verbucht werden, zumal die Partei in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kam und dadurch zumindest teilweise ihre angewachsenen Schulden abtragen konnte. Weitere derartige Achtungserfolge gelangen ihr auf niedriger Ebene im Rahmen einer zeitweiligen Zusammenarbeit mit der DVU: So erhielt die NPD 1988 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2,1 und in Schleswig-Holstein 1,2 Prozent der Stimmen.³² Bei den hessischen Kommunalwahlen 1989 konnte sie in einer für rechtsextremistische Wahlparteien günstigen Situation mit 6,6 Prozent der Stimmen sogar in den Stadtrat von Frankfurt/M. einziehen.

2.8 KRISE UND NIEDERGANG DER NPD BIS 1996

Zwischenzeitlich war zwar die Mitgliedschaft weiter von 1980 7.200 auf 1988 6.400 Personen geschrumpft, gleichwohl schien sich die NPD auf dieser niedrigen Ebene stabilisiert zu haben und konnte 1989 sogar seit langem wieder einen leichten Anstieg der Mitgliederzahlen auf 7.000

verbuchen. Allerdings sank deren Zahl im nächsten Jahr wieder auf 6.500 ab. Bei den Wahlen knüpfte man nicht mehr an die relativen Erfolge der Vorjahre an und erhielt nur noch zwischen 0,2 und 0,3 Prozent der Stimmen. Im Juni 1991 kam es vor diesem Hintergrund auf einem Bundesparteitag zu heftigen Kontroversen um die politische Zukunft der NPD. Mußnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger vertraten die Auffassung, die Partei habe abgewirtschaftet und solle sich besser der zwischenzeitlich gegründeten „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“ anschließen. Demgegenüber pochten der einflussreiche Parteifunktionär Günther Deckert und seine Anhänger auf die Eigenständigkeit der NPD und verwiesen auf die in den neuen Bundesländern entstehenden Möglichkeiten.

In einer Kampfabstimmung um das Amt des neuen Vorsitzenden konnte sich Deckert durchsetzen. Mußnug und Schützinger traten später aus der NPD aus³³ und wechselten mit anderen ehemaligen Mitgliedern zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“³⁴. Sie wurde zwar 1991 als rechtsextremistische Sammlungspartei gegründet, konnte das rechtsextremistische Parteienlager aber nicht einigen und führte sogar noch eine stärkere Aufsplitterung herbei. Der neue NPD-Vorsitzende Deckert³⁵ brachte die Partei indessen auf den politischen Diskurs der 1970er Jahre zurück, was sich in der Konzentration auf die Agitationsfelder Ausländerfeindschaft und NS-Verharmlosung zeigte. Im Gefolge derartiger Propaganda unterstützte Deckert auch Holocaust-Leugner und wurde im Zuge dieser Aktivitäten selbst zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Daraufhin enthob das Bundespräsidium ihn 1995 kurz vor Haftantritt seines Amtes, da die zahlreichen Strafverfahren gegen ihn und sein Umgang mit dem Parteivermögen parteischädigend seien.

Hiermit war die NPD an ihrem bisherigen Tiefpunkt angekommen: Die Mitgliederzahlen schrumpften im Laufe der beschriebenen Entwicklung immer mehr, gehörten der Partei von 1990 noch 6.500 Personen an, waren es 1992 noch 5.000, 1994 noch 4.500 und 1996 nur noch 3.500. Abgänge fanden auch im Bereich der höheren Funktionsträger statt, wozu neben dem ehemaligen Bundesvorsitzenden auch ehemals hochrangige Landesfunktionäre gehörten. Gleichzeitig wuchs der Schuldenberg der NPD immer mehr an, und die Partei schien mitunter kurz vor dem Bankrott zu stehen. Bei Wahlen spielte die NPD ohnehin keine Rolle mehr, bewegte sich die Zustimmung doch allenfalls im Bereich von 0,1 bis 0,3 Prozent der Stimmen. Hinzu kam die Existenz und Konkurrenz

von zwei anderen rechtsextremistischen Wahlparteien, der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Republikaner“ (REP), welche die Partei auch innerhalb des Rechtsextremismus überflüssig zu machen schienen. Kurzum, die NPD stand in dieser Situation vor dem endgültigen Niedergang und Verfall.

- 1| Die Darstellung erfolgt aus Sicht der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung, Vgl. Backes, Uwe: *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989; Everts, Carmen: *Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS*, Berlin 2000; Pfahl-Traughber, Armin: *Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff*, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit*, Köln 2000, S. 185-211.
- 2| Vgl. Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1993, S. 54-125; Dudek, Peter / Jaschke, Hans-Gerd: *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, Opladen 1984; Pfahl-Traughber, Armin: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 4. Auflage, München 2006; Stöss, Richard: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen*, Opladen 1989.
- 3| Vgl. Tauber, Kurt P: *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, zwei Bände, Middletown/Conn. 1967.
- 4| Vgl. Schmollinger, Horst W.: *Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei*, in: Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Opladen 1980, Bd. 1, S. 982-1024.
- 5| Vgl. Büsch, Otto / Furth, Peter: *Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP)*, Köln – Opladen 1957; Hansen, Henning: *Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei*, Düsseldorf 2007; Schmollinger, Horst W.: *Die Sozialistische Reichspartei*, in: Stöss (siehe hier Anm. 4), Bd. 2, S. 2274-2336.
- 6| Vgl. Schmollinger, Horst W.: *Die Nationaldemokratische Partei*, in: Stöss (siehe hier Anm. 4), Bd. 2, S. 1892-1921.
- 7| Vgl. Woller, Hans: *Die Lortz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955*, Stuttgart 1982; Woller, Hans: *Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung*, in: Stöss (siehe hier Anm. 4), Bd. 2, S. 2458-2481.
- 8| Vgl. Dudek / Jaschke (siehe hier Anm. 2), S. 179-279; Schmollinger, Horst W.: *Die Deutsche Reichspartei*, in: Stöss (siehe hier Anm. 4), Bd. 1, S. 1112-1191.
- 9| Vgl. Jesse, Eckhard: *Biographisches Porträt: Adolf von Thadden*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 2 (1990), S. 228-238.
- 10| Vgl. Schmollinger, Horst W.: *Deutsche Partei*, in: Stöss (siehe hier Anm. 4), Bd. 1, S. 1025-1111. Zur DP heute vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Deutsche Partei*, in: Decker, Frank / Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 247f.

- 11| Vgl. Fascher, Eckhard: *Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren*, Berlin 1994; Hoffmann, Uwe: *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt/M. 1999, S. 29-72; Kühnl, Reinhard / Rilling, Rainer / Sager, Christine: *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei*, Frankfurt/M. 1969; Niethammer, Lutz: *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt/M. 1969; Maier, Hans: *Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“*, München 1967; Schmollinger, Horst W.: *Die Nationaldemokratische Partei Deutschland*, in: Stöss (siehe hier Anm. 4), Bd. 2, S. 1922-1994.
- 12| Vgl. Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 390f.
- 13| Vgl. Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 84-96.
- 14| Vgl. Dudek / Jaschke (siehe hier Anm. 2), S. 319-327.
- 15| Vgl. Stöss (siehe hier Anm. 2), S. 135-140.
- 16| Vgl. 2.4 Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung und 2.5 Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung.
- 17| Vgl. Dudek / Jaschke (siehe hier Anm. 2), S. 300-307; Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 274-318, Schmollinger (siehe hier Anm. 11), S. 1929-1943.
- 18| Vgl. NPD. *Presse- und Informationsabteilung (Hrsg.): Grundlagen nationaldemokratischer Politik. Thesen und Forderungen*, Hannover 1967.
- 19| Vgl. NPD. *Das Manifest der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands NPD*, in: Richards, Fred H.: *Die NPD. Alternative oder Wiederkehr*, München-Wien 1967, S. 101-106.
- 20| Vgl. *Deutsche Nachrichten-Verlagsgesellschaft (Hrsg.): Politisches Lexikon*, Hannover 1966, kritisch dazu: Roswin Finkenzyler, „*Politisches Lexikon*“ der NPD, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 17./18. August 1968, S. 7; Lamm, Hans: *Das NPD-Lexikon*, in: *Tribüne*, 7 (1968), S. 3022-3029.
- 21| Eine andere Auffassung vertreten Kühnl / Rilling / Sager (siehe hier Anm. 11) und Schmidt, Giselher: *Ideologie und Propaganda der NPD*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7/1968, S. 3-22, wobei jeweils eine weitgehende Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Rechtsextremismus erfolgte und das Verständnis der letztgenannten Bezeichnung als Sammelbegriff verkannt wurde. Vgl. im Sinne der oben formulierten Einschätzung Backes / Jesse (siehe hier Anm. 2), S. 85f. und Dudek / Jaschke (Anm. 2), S. 349-351.
- 22| Vgl. Dudek / Jaschke (siehe hier Anm. 2), S. 314-318; Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 383-390; Schmollinger (siehe hier Anm. 11), S. 1981-1986.
- 23| Vgl. zur Parlamentsarbeit: Niethammer (siehe hier Anm. 11), S. 98-229; Schmollinger (siehe hier Anm. 11), S. 1960-1967.
- 24| Vgl. Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 365-383; Klingemann, Hans D.: *Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD. Fallstudie Baden-Württemberg*, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, 2 (1971), S. 563-601; Liepelt, Klaus: *Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 8 (1967), S. 237-271; Schmollinger (siehe hier Anm. 11), S. 1955-1960.
- 25| Vgl. diese Deutung bei: Backes / Jesse (siehe hier Anm. 2), S. 83.
- 26| Vgl. Brandstetter, Marc: *Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten*, Marburg 2006, S. 61-66; Fascher (siehe hier Anm. 11), S. 65-72.
- 27| Vgl. Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 138-267; Stöss (siehe hier Anm. 2), S. 140-147.
- 28| Vgl. Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 397-399.
- 29| Vgl. dazu die Literaturhinweise in Anm. 11, Kapitel 5.

- 30| Vgl. dazu die Literaturhinweise in Anm. 11, Kapitel 5.
- 31| Vgl. Fascher (siehe hier Anm. 11), S. 125-146.
- 32| Vgl. Sippel, Heinrich: NPD und DVU – Bilanz einer schwierigen Beziehung. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 1 (1989), S. 174-184; Stöss (siehe hier Anm. 2), S. 184-191.
- 33| Vgl. Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 253-259; Wagner, Peter M.: Die NPD nach der Spaltung. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 4 (1992), S. 157-167.
- 34| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Deutsche Liga für Volk und Heimat. In: *Decker / Neu* (siehe hier Anm. 10), S. 244f.
- 35| Vgl. Hertel, Gerhard: Biographisches Porträt: Günter Deckert. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 9 (1997), S. 202-212; Hoffmann (siehe hier Anm. 11), S. 399f.

3. DIE ENTWICKLUNG DER „NEUEN“ NPD AB 1996

Warum und wie konnte die NPD angesichts dieser Ausgangssituation Mitte der 1990er Jahre einen „zweiten Frühling“¹ erleben? Dieser Frage wollen die folgenden Ausführungen nachgehen, wobei zunächst allgemein auf die ideologischen, organisatorischen und strategischen Veränderungen eingegangen wird. Man könnte die damit verbundene Entwicklung auch mit den Begriffen „Comeback“ oder „Renaissance“ benennen. Gemeint ist ein zwischen 1996 und 2004 erfolgreicher Prozess, dessen herausragende Eigenschaften in einem langsamen Ansteigen der Aktivitätspotentiale und Bündnispartner, Mitgliederzahlen und Wählerzustimmungen bestanden. Er mündete in dem Wahlerfolg in Sachsen 2004, wo es der NPD erstmals seit 1968 wieder gelang, in ein Landesparlament einzuziehen. Dem waren eine Reihe von parteiinternen Veränderungen vorausgegangen. Ihnen soll nun – bezogen auf die Ursachen für die Wiederkehr der ursprünglich schon politisch tot gesagten NPD auf die Partei- und Wahlbühne – besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

3.1 DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE AB 1996

Am Beginn der „neuen“ NPD² stand die Wahl von Udo Voigt³ zum neuen Parteivorsitzenden, hatte er sich doch nach einer Kampfabstimmung beim Parteitag 1996 knapp gegen Günther Deckert durchgesetzt. Bereits unmittelbar danach

verkündete Voigt einige Neuerungen, die für die kommende Entwicklung von besonderer Bedeutung sein sollten. Ohne grundsätzlich von den revisionistischen Positionen⁴ Abstand zu nehmen, trat der neue Vorsitzende gegen die von Deckert durchgesetzte, parteiintern aber umstrittene Konzentration auf dieses Themenfeld ein. Stattdessen forderte er eine Erweiterung der bisherigen Schwerpunkte in der Agitation auf sozialpolitische Themen, was wiederum mit einer stärker kapitalismuskritischen Diktion verbunden war und später gar im Plädoyer für einen „deutschen Sozialismus“ oder „nationalen Sozialismus“ mündete. Darüber hinaus trat Voigt – allerdings vergebens – für eine offensivere Bündnispolitik gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien durch gemeinsame Gesprächsrunden und Wahllisten ein.⁵

Im organisatorischen Bereich konnte die NPD in der folgenden Zeit Erfolge verbuchen, stiegen doch die Mitgliederzahlen auf niedriger Ebene kontinuierlich an. Im Kontext dieser Entwicklung stand die Öffnung der Partei für Angehörige aus der Neonazi-Szene. Lange Zeit hatte sich die NPD offiziell von derartigen Strömungen distanziert und sogar Abgrenzungsbeschlüsse gefasst. Diese verhinderten zwar nicht Kontakte zwischen Einzelpersonen, die Abgrenzung bildete aber die offizielle Position der Partei. Nach Voigts Wahl öffnete sich die NPD jedoch immer mehr in Richtung dieser Teile des Rechtsextremismus.⁶ Einigen Neonazis gelang es bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in führende Funktionen zunächst der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN)⁷, dann aber auch der Mutterpartei aufzusteigen. Exemplarisch dafür stehen Jens Pühse als Mitglied des JN-Bundesvorstandes und Sascha Rossmüller als einer der drei stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden.

Die Kooperation mit der Neonazi-Szene erklärt mit, warum die NPD fortan stärker auf die öffentliche Präsenz in Gestalt von Demonstrationen setzte. Die Partei konnte so eine Reihe von bemerkenswerten Mobilisierungserfolgen verbuchen: Dazu gehörte etwa der von ihr organisierte Aufmarsch am 1. März 1997 mit 5.000 Personen.⁸ Hierbei handelte es sich um die seit Beginn der 1970er Jahre größte öffentliche Veranstaltung, die von Rechtsextremisten initiiert wurde. An ihr nahmen neben NPD- und JN-Mitgliedern auch Neonazis und Skinheads teil. Anlass bot die vor Ort gezeigte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die als Wanderausstellung mehrere Städte durchlief und regelmäßig Rechtsextremisten in der erwähnten Konstellation zu Demonstrationen motivierte. Es kam aber auch zu Aufmärschen

mit großer Beteiligung zu anderen Themen, führte man doch etwa unter dem Motto „Nationale Front gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit“ am 1. Mai 1998 eine Demonstration mit 4.000 Personen durch.⁹

3.2 DIE IDEOLOGISCHE AUSRICHTUNG UND POLITISCHE PROGRAMMATIK

In ihrem neuen Parteiprogramm von 1996 formulierte die NPD – zumindest im Vergleich zu den späteren Aussagen – noch relativ zurückhaltend ihre Positionen.¹⁰ Gleichwohl bekannte sie dort ganz offen, man strebe den Austausch der Mächtigen an, um dem deutschen Volk in einem Nationalstaat eine Zukunft zu geben. Kultur und Volkstum sollten die Grundlage für die Würde des Menschen sein, welche demnach nicht als primär und vorstaatlich verstanden wird. Überhaupt zeigt sich das Parteiprogramm von einem ethnischen Kollektivismus geprägt, wofür etwa die dezidierte Beschworung der „Volksgemeinschaft“ steht.¹¹ Noch deutlicher artikuliert sich die NPD in ihrem Aktionsprogramm von 2002: Hier spricht man von der „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, sieht in der „multikulturellen“ eine „multikriminelle Gesellschaft“ und spricht daher von einem „Plan zur Ausländerrückführung“. Darüber hinaus sollen in allen Lebensbereichen die jeweiligen Individualinteressen den angeblichen Gemeinschaftsinteressen untergeordnet werden.¹²

Hinsichtlich der extremistischen Einstellungen wurde die NPD noch deutlicher in ihrer Handreichung *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger* von 2006, welche Parteimitgliedern inhaltliche Hilfestellung geben sollte. Darin bekannte man sich zu einem rein ethnischen Staatsbürgerschaftsverständnis, könne doch nur eine Person Deutscher sein, welche in die „ethnisch-kulturelle Gemeinschaft“ des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Die Massenarbeitslosigkeit, so heißt es weiter, sei eine direkte Folge der Masseneinwanderung. Insofern wolle man die Ausländer in ihre Heimatländer zurückführen. Das Grundgesetz wird als Diktat der westlichen Siegermächte hingestellt, welches ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit aufweise. Darüber hinaus triefe es nur so vor „Menschenrechtstümelei“, stelle Deutsche mit Ausländern gleich und habe einem „gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime“¹³ den Weg geebnet. Derart deutliche Formulierungen fand man in früheren Erklärungen nicht.

Innerhalb des rechtsextremistischen Ideologiespektrums ließ sich bei der NPD eine Abkehr von der bislang prägenden Ausrichtung am Deutsch-Nationalismus und eine Hinwendung zum „völkischen Sozialismus“ ausmachen. Dies zeigte sich anhand der Veränderungen im wirtschaftspolitischen Bereich, wo man nicht mehr primär an den Interessen des Mittelstandes in der Marktwirtschaft orientiert war. Zwar lehnt die NPD diese Wirtschaftsform trotz der Berufung auf einen „Sozialismus“ nicht ab, bekennt sie sich doch zu einem „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“¹⁴. Gleichwohl soll der Staat eine dominierende Stellung gegenüber der Wirtschaft einnehmen. Diese habe dem Interesse des ethnisch homogenen deutschen Volkes zu dienen. Dabei knüpft die NPD dezidiert an eine Ideologietradition der Weimarer Republik an, welche Nationalismus und Sozialismus verschmelzen wollte.¹⁵ Insofern verwundern auch keine Bekenntnisse zu einem „deutschen“, „nationalen“ oder „völkischen Sozialismus“ durch Funktionsträger oder Parteipresse.¹⁶

3.3 STRATEGISCHE ENTWICKLUNG UND OPTIONEN

Unter Voigts Führung entwickelte die NPD eine neue Strategie. Am Beginn stand die bündnispolitische Initiative gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien: Bereits der Parteitag von 1996 hatte sich dafür ausgesprochen, eine gemeinsame Wahlplattform der „nationalen Rechten“ unter Einbeziehung der DVU und der REP zu schaffen. Unter dem Arbeitstitel „Bündnis Deutschland“ sollten die bereits bestehenden Kontakte mit dem Ziel der Initiierung einer einheitlichen Linie zu der Bundestagswahl 1998 ausgebaut werden. Voigt plädierte nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden für eine Überwindung der Gegensätze der „Nationalen“ und die Bündelung der Kräfte, allerdings ohne dies näher hinsichtlich der Adressaten und der Form zu konkretisieren.¹⁷ Bei den als mögliche Bündnispartner umworbenen Parteien stießen derlei Absichten allerdings auf keine große Akzeptanz. Im Gegenteil, die DVU und die REP lehnten eine solche Zusammenarbeit in öffentlichen Erklärungen dezidiert ab. Damit waren derartige Bemühungen zumindest vorerst gescheitert.

Voigt reagierte auf diese Entwicklung mit einer neuen Konzeption, die er anlässlich einer Tagung des Bundeshauptausschusses der NPD 1997 in drei Punkten präsentierte: Programmatik („Schlacht um die Köpfe“), Massenmobilisierung („Schlacht um die Straße“) und Wahlteilnahme („Schlacht um die Wähler“).¹⁸ Die neue Ausrichtung auf die Aktionsorientierung der Partei betonte Voigt fortan immer wieder: Man sei zwar noch

eine Wahlpartei, aber keine „Rechtspartei“ mehr. In absehbarer Zeit wolle man die Bewegung des „nationalen Widerstandes“ schlechthin sein. Mit dem Hinweis auf die Erfolge bisheriger Demonstrationen und Großveranstaltungen sprach sich Voigt darüber hinaus für eine neue Aktionseinheit unter der Führung der NPD aus und bezeichnete sie als „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO).¹⁹ Mit dieser strategischen Ausrichtung bzw. Neu-Ausrichtung war faktisch auch für die unmittelbare Zukunft die Absage an eine bündnispolitische Ausrichtung der NPD im Parteienbereich verbunden.

Im Unterschied zu den von Voigt als „systemangepasst“ beschriebenen Parteien DVU und REP wolle seine Partei einen anderen Weg einschlagen: „Es geht der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, sondern um langfristige kontinuierliche Aufbauarbeit einer ernstzunehmenden politischen Kraft. Erst wenn wir den ‚Kampf um die Straße‘ endgültig für uns entschieden haben, kann der ‚Kampf um die Parlamente‘ mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft zu etablieren.“²⁰ Die spätere Entwicklung schien Voigt Recht zu geben: Nach einer verstärkten Basisarbeit mit öffentlicher Präsenz in den östlichen Bundesländern konnte die Partei dort 2004 und 2006 Wahlerfolge verbuchen. Gleichzeitig ergänzte man das Drei-Säulenmodell des „Kampfes um die Straße“, des „Kampfes um die Parlamente“ und des „Kampfes um die Köpfe“ mit einer vierten bündnispolitischen Säule des „Kampfes um den organisierten Willen“.

3.4 DIE MITGLIEDERENTWICKLUNG UND -ZUSAMMENSETZUNG

Wie bereits angedeutet stieg die Mitgliederzahl der NPD seit der Wahl von Voigt zum Parteivorsitzenden mit leichten Einbrüchen in bestimmten Jahren kontinuierlich an: Auf dem Tiefpunkt der Parteientwicklung 1996 gehörten ihr nur noch 3.500 Personen an, 1997 waren es schon 4.300 und 1998 kam es zu einem Mitgliederschub auf 6.000 Personen. Diese Zahl stagnierte 1999 und stieg 2000 dann auf 6.500 an. Von 2001 über 2002 bis 2003 ließ sich allerdings ein Rückgang von 6.500 über 6.100 auf 5.000 ausmachen. Die Entwicklung dürfte mit durch die öffentlichen Auseinandersetzungen um das seinerzeit beantragte NPD-Verbotsverfahren zu erklären sein. Seit 2004 stiegen die Mitgliederzahlen wieder kontinuierlich an, von zunächst 5.300 auf 6.000 in 2005 und 7.200 in 2007. Vor

allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist diese Entwicklung dem Aufbau von handlungsfähigen Organisationsstrukturen in den östlichen Bundesländern zu verdanken, wo etwa binnen kurzer Zeit der Landesverband in Sachsen zum bundesweit mitgliederstärksten wurde.

Über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft liegen keine genaueren Erkenntnisse und Untersuchungen vor. Aus der Kenntnis der Partei heraus lassen sich allenfalls allgemeine Aussagen formulieren: Demnach besteht ein überdurchschnittlich hoher Männeranteil in der Mitgliedschaft, der im Bereich von vier Fünftel liegen dürfte. Hinsichtlich der Alterszusammensetzung scheint es einen beträchtlichen Unterschied zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden zu geben: In den letztgenannten finden sich noch große Anteile von Mitgliedern der „alten“ NPD, die demgemäß auch höheren Alters sind. In den östlichen Bundesländern entstanden erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre funktionsfähige Landesverbände. Sie zogen insbesondere junge Männer an, was für einen relativ niedrigen Altersdurchschnitt sprechen dürfte. Hinsichtlich der sozialen Herkunft kommt wohl die Mehrheit der Parteimitglieder aus der Arbeiterschaft im weitesten Sinne, während auf Funktionärsebene viele Personen aus dem Mittelstand auszumachen sind.²¹

Bezüglich der politischen Zusammensetzung der NPD äußerte der Parteivorsitzende Udo Voigt nach den Landtagswahlen in Sachsen 2004, es gebe in ihr eine nationalkonservative, nationalliberale und nationalsozialistische Strömung.²² Dabei wurden aber weder Aussagen zur quantitativen Verteilung der Mitglieder auf die genannten Tendenzen formuliert, noch näher Besonderheiten und Unterschiede zwischen ihnen erläutert. Das Vorhandensein eines „nationalliberalen Flügels“ in der NPD kann so gut wie ausgeschlossen werden. Allenfalls finden sich solche ideologischen Tendenzen gegenwärtig am rechten Rand der FDP ohne Gemeinsamkeiten und Verbindungen zur Partei Voigts. Mit der nationalkonservativen Strömung dürfte der deutsch-nationalistisch geprägte Teil der „alten“ NPD gemeint sein. Zu den Nationalsozialisten gehören die Anhänger der früher verbotenen neonazistischen Gruppierungen, die jetzt in der NPD ein Forum für ihre politischen Aktivitäten gefunden haben. Ihr Mitgliederanteil dürfte mindestens ein Drittel bis maximal die Hälfte ausmachen.

3.5 DIE WÄHLERENTWICKLUNG UND -ZUSAMMENSETZUNG

Bei Wahlen konnte die NPD zunächst keine Erfolge verzeichnen. Gleichwohl gelang es ihr bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, hier und da einen Achtungserfolg auf niedriger Ebene zu verzeichnen. Die Ergebnisse bei Bundestags- und Europawahlen bewegten sich allerdings nur zwischen 0,3 und 0,4 Prozent der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern schwankte die Zustimmung zwischen 0,1 und 0,8 Prozent. Aber schon zu dieser Zeit deutete sich eine etwas höhere Bereitschaft zur Wahl der NPD in den östlichen Bundesländern an, konnte doch die Partei mit 1,1 Prozent 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 1,4 Prozent 1999 in Sachsen über ein Prozent der Stimmen erlangen. Ebendort erzielte die NPD 2004 und 2006 mit 9,2 Prozent in Sachsen und mit 7,3 Prozent der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern ihre größten Wahlerfolge in jüngerer Zeit. In den westlichen Bundesländern blieb die NPD aber weit unter diesen Werten, schwankten doch die Prozentzahlen mit der Ausnahme des Saarlandes 2004 mit vier Prozent zwischen 0,5 und 1,9.

Wie setzten sich nun die Wähler der NPD sozial zusammen?²³ Eine Betrachtung der Daten zu den Wahlen mit Ergebnissen von über vier Prozent der Stimmen ermöglicht die Ermittlung von repräsentativen Angaben aus der Wahlforschung: Für die NPD votieren überdurchschnittlich stark jüngere Wähler. Der Anteil der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren ist meist doppelt so groß wie im Durchschnitt, während die über Sechzigjährigen weit unterdurchschnittlich die Partei wählen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigt sich, dass die NPD mit knapp zwei Dritteln überwiegend von Männern und mit knapp über einem Drittel von Frauen gewählt wird. Bei der formalen Bildung ließen sich die stärksten Ausprägungen im Bereich des mittleren und direkt danach des niedrigen Bildungsniveaus ausmachen, während höher Gebildete nur unterdurchschnittlich stark NPD wählten. Bei den Berufsgruppen zählten insbesondere die Arbeiter und Arbeitslosen mit einem meist doppelt so hohen Anteil wie im Durchschnitt zu den Wählern der Partei.

Einige interessante Rückschlüsse auf die Motivation für das Votum zugunsten der NPD können die Angaben zur Wahlentscheidung und Wählerwanderung geben: Mehr als ein Drittel der Befragten gaben an, bereits vor längerer Zeit eine Entscheidung zugunsten der rechtsextremistischen Partei getroffen zu haben. Am Wahltag selbst überlegte sich dies nur

knapp mehr als jeder Zehnte. Demnach stellt das Votum für die NPD keine spontane Entscheidung kurz vor der Wahl dar, hatten sich doch bedeutende Teile der Wählerschaft schon längerfristig entschieden. Überwiegend stammten die Stimmen für die rechtsextremistische Partei zu nahezu gleichen Anteilen von früheren CDU- und SPD-Wählern sowie von früheren Nichtwählern und von Erstwählern. Als Motive nannten die NPD-Wähler ein bestimmtes politisches Thema als wahlentscheidend: die ablehnende Einstellung der Partei zu den Arbeitsmarktreformen und Hartz IV. Diese und andere Besonderheiten der Wählerschaft sollen später noch gesondert erörtert werden.²⁴

3.6 DIE BESONDERE SITUATION IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN

Betrachtet man die Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse der NPD genauer, so fällt der eindeutige Schwerpunkt in den ostdeutschen Ländern auf. Die damit verbundene Entwicklung zeichnete sich allerdings erst ab Mitte der 1990er Jahre ab. Direkt nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen hoffte die NPD, wie die anderen Rechtsextremisten auch, in Ostdeutschland schnell handlungsfähige Strukturen aufzubauen und binnen kurzer Zeit große Wahlerfolge verbuchen zu können. Dem war aber gerade nicht so, gelang doch jahrelang weder das eine noch das andere.²⁵ Die zunächst unter der Bezeichnung „Mitteldeutsche Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ gegründete Ost-Variante der NPD spielte zunächst nicht nur in der Gesellschaft und bei Wahlen, sondern selbst innerhalb des dortigen rechtsextremistischen Spektrums keine Rolle.²⁶ Dies änderte sich erst nach dem strategischen Wechsel der Parteiführung ab 1996 und dem gleichzeitig einsetzenden wachsenden Unmut der dortigen Bevölkerung über die Folgen der Einheitspolitik.

Fortan konnte eine Schwerpunktverlagerung des Rechtsextremismus ausgemacht werden: Auch wenn die organisatorischen Strukturen im Parteienbereich in den westlichen Ländern meist stärker entwickelt blieben, ließ sich bei den Gewalttaten und der Neonazi- und Skinhead-Szene ein eindeutiges Übergewicht in den östlichen Ländern ausmachen.²⁷ Auch die NPD-Landesverbände blühten in dieser Phase auf, was exemplarisch anhand des gegenwärtig mitgliederstärksten Verbandes in Sachsen aufgezeigt werden kann. Gegen Mitte der 1990er Jahre gehörten ihm um die zweihundert Personen an. Bereits 1998 erreichte die NPD ebendort ihren Spitzenwert von 1.400 Mitgliedern, womit etwa ein Drittel aller Parteimit-

glieder in diesem Bundesland lebten.²⁸ Überwiegend handelte es sich um Jüngere aus den unteren sozialen Schichten mit Sympathien oder gar Zugehörigkeiten zur Skinhead-Szene, teilweise um Aktivisten aus früheren neonazistischen Gruppierungen.²⁹ Auch wenn die NPD in Sachsen bis zum Jahr 2000 aufgrund von internen Differenzen wieder ein knappes Drittel ihrer Mitglieder verlor, blieb der dortige Landesverband der bundesweit stärkste.³⁰ Sachsen stand daher schon früh im Zentrum der NPD-Strategie.

Zwar ließ sich diese organisatorische Entwicklung und regionale Verankerung nicht bei allen Landesverbänden ausmachen, aber der Trend lief ebenso in diese Richtung wie bei der Verteilung von Wählerzustimmung. Dies zeigen anschaulich die Ergebnisse für die NPD bei den bundesweiten Wahlen vor und nach 1995: Bei der Bundestagswahl 1990 votierten 0,3 Prozent im Westen und 0,3 Prozent im Osten für die NPD, bei der Europawahl 1994 wählten 0,2 Prozent im Westen und 0,3 Prozent im Osten die Partei. Demnach konnte von einer ungefähr gleichen Verteilung der Wählerstimmen ausgegangen werden. Bei der Bundestagswahl 1998 entschieden sich 0,1 Prozent im Westen und 0,7 Prozent im Osten und bei der Europawahl 1999 0,3 Prozent im Westen und 0,9 Prozent im Osten für die NPD. Ähnliche Unterschiede ergaben sich auch bei den Wahlergebnissen der seinerzeit noch erfolgreicherer Parteien DVU und REP. Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die diese Entwicklung mit erklären, finden sich später noch gesonderte Aussagen.³¹

3.7 DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DAS NPD-VERBOTSVERFAHREN

Besondere öffentliche Aufmerksamkeit erregte die NPD durch das gegen sie angestrebte Verbotsverfahren: Im Sommer 2000 stand das Thema Rechtsextremismus durch angebliche und tatsächliche Gewalttaten mit einem entsprechenden politischen Hintergrund ganz oben auf der Agenda der öffentlichen Wahrnehmung. In dieser Situation flammte auch die Diskussion um ein mögliches NPD-Verbot wieder auf,³² sahen Politiker doch offenbar einen Zusammenhang zwischen der Agitation der Partei und dem Anstieg der Gewalttaten. Ein solcher ließ sich aber nicht in der suggerierten Kausalität, sondern allenfalls als indirekte Wirkung belegen. Gleichwohl stellten 2001 nach einer längeren Vorbereitungszeit Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat eigene Anträge, um ein Verbot der Partei beim Bundesverfassungsgericht zu bewirken.³³ Aufgrund der Anwe-

senheit von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Parteiführung kam es dann aber zu einer Beendigung des Verfahrens durch eine Prozess- und nicht durch eine Sachentscheidung.³⁴

Demgemäß formulierte das Gericht auch keine Position zu der Frage, inwieweit die NPD als verfassungswidrig einzuschätzen ist. Die Partei selbst feierte das Scheitern des Verfahrens als großen Erfolg. Noch zu Beginn des Verbotsverfahrens hatte man sich gemäßigter gegeben und zeitweise die martialischen Aufmärsche zusammen mit der Neonazi-Szene eingestellt. Gleichzeitig lieferte der juristische Vertreter der NPD im Verfahren, der ehemalige RAF-Terrorist und jetzige Rechtsextremist Horst Mahler³⁵, durch seine eigenen politischen Stellungnahmen sogar weitere Belege für die Verfassungswidrigkeit. Und nach einer kurzen Unterbrechung nahm die Parteiführung die öffentliche Kooperation mit der Neonazi-Szene wieder auf. An den eindeutig rechtsextremistischen Äußerungen, die aufgrund ihrer Schärfe die Verfassungsfeindlichkeit verdeutlichten, hatte sich ohnehin nichts geändert. Insofern wäre das Verbot der Partei juristisch möglicherweise durchsetzbar gewesen. Die Frage der politischen Angemessenheit stand auf einem anderen Blatt.³⁶

Obwohl das Gericht in der Sache der Verfassungswidrigkeit nicht entschieden hatte und ein erneuter Verbotsantrag unter anderen Ausgangsbedingungen durchaus erfolgreich sein könnte, wurde das Scheitern des Verfahrens im politischen Raum als empfindliche Blamage und peinliche Niederlage empfunden. Bei späteren Diskussionen über einen erneuten Anlauf für ein NPD-Verbot äußerten Politiker immer wieder ihre Sorge vor einem erneuten Scheitern. Diese Reaktion wird allgemein so interpretiert, dass demnächst wohl nicht mehr mit einem neuen Antrag in diese Richtung zu rechnen ist. Offenbar sieht dies auch die NPD selbst so, wähnt sie sich doch vor einem erneuten Verbotsantrag sicher. So erklärt sich in Kombination mit den Erfolgen bei Wahlen wohl auch, warum die Partei einige Zeit nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens ihre extremistischen Positionen in Form und Inhalt immer mehr verschärfte. Exemplarisch veranschaulichen dies die späteren Ausführungen zur Ideologie der NPD bezüglich der Einstellung zu Demokratie und Nationalsozialismus.³⁷

3.8 VERGLEICHENDE BETRACHTUNGEN MIT DER „ALTEN“ NPD

Vergleicht man nun die „alte“ und die „neue“ NPD miteinander, so ergeben sich eine Reihe wichtiger Erkenntnisse zur Einschätzung des gegenwärtigen Gefahrenpotentials. In diesem Kontext muss noch einmal daran erinnert werden, dass die NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die bislang erfolgreichste rechtsextreme Wahlpartei in der Nachkriegszeit war. Will sich eine andere rechtsextremistische Kraft als Wahlpartei etablieren, so muss sie mindestens über gleichgroße, wenn nicht sogar über eine weitaus stärkere politische Bedeutung verfügen. Insofern bildet die „alte“ NPD einen wichtigen Maßstab zur differenzierten Einschätzung des Gefahrenpotentials. Zur Erinnerung sollen hier noch einmal die wichtigsten formalen und inhaltlichen Besonderheiten der NPD der zweiten Hälfte der 1960er Jahre genannt werden: In ihrer Hochphase 1967 und 1969 verfügte sie über 28.000 Mitglieder, war bei Wahlen kontinuierlich über fünf Prozent der Stimmen gekommen, gab sich nach außen als seriöse national-konservative Kraft und bekannte sich nicht offen zum Nationalsozialismus.

Die „neue“ NPD verfügte 2007 demgegenüber nur über 7.200 Personen, also lediglich ein Viertel der Mitglieder der „alten“ NPD in ihrer Hochphase. Berücksichtigt man noch, dass sich dieses Personal auch in einem durch die ostdeutschen Länder weitaus größeren Gebiet der Bundesrepublik Deutschland organisiert, so ist dieser Unterschied noch höher. Selbst wenn man die Bündnispartner der NPD in Gestalt der DVU mit 7.000 Mitgliedern und der Neonazi-Szene mit 4.400 Anhängern hinzurechnet, wird das Personenpotential der „alten“ NPD noch nicht einmal annähernd erreicht. Demgemäß handelt es sich bei der Partei von Voigt auch um keine Massenbewegung. Ähnliche Unterschiede zeigen sich beim Blick auf die Wahlzustimmung: Zwar konnte die NPD in den ostdeutschen Ländern 2004 und 2006 den Sprung in zwei Landesparlamente schaffen. Dem stehen aber die Ergebnisse von unter zwei Prozent in den westlichen Ländern im gleichen Zeitraum gegenüber. Die „alte“ NPD verbuchte indessen eine kontinuierliche Wahlzustimmung.

Grundlegende Unterschiede bestehen auch hinsichtlich des formalen und inhaltlichen Intensitätsgrades des Extremismus: Zwar lehnte auch die „alte“ NPD die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates und einer offenen Gesellschaft ab, sie gab sich formal aber als

seriöse nationalkonservative Partei auf dem Boden von Rechtsstaat und Verfassung. Ihr Idealstaat dürfte in einer autoritären Diktatur mit gewissen gesellschaftlichen Freiräumen bestanden haben. Demgegenüber bekennt die „neue“ NPD ganz offen ihre Feindschaft gegenüber dem bestehenden politischen System in Gestalt der Ordnung des Grundgesetzes, wobei sie sich selbst aus strategischen Gründen nur selten verbal zurückhält. Ihr Idealstaat dürfte in einer totalitären Diktatur mit starken Einschränkungen gesellschaftlicher Freiräume bestehen. Insofern kann auch nicht verwundern, dass die nationalsozialistische Diktatur in öffentlichen Erklärungen von NPD-Funktionsträgern überwiegend affirmativ kommentiert wird. Die „alte“ NPD hielt zumindest formal eine verbale Distanz.

- 1| Geprägt wurde dieses Bild für den hier zu behandelnden Prozess von Böhm, Andrea / Klawitter, Nils / Schröm, Oliver: *Der zweite Frühling der NPD*. In: *Die Zeit* vom 23. April 1998, S. 15-18. Zuvor fand es schon für die relativen Wahlerfolge der Partei in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Verwendung: Zaleshoff, Andreas P.: *Der zweite Frühling der NPD*, Hannover 1989.
- 2| Vgl. Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007; Bergsdorf, Harald: *Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind*, München 2007; Brandstetter (siehe Anm. 26, Kapitel 2); Pfahl-Traughber, Armin: *Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik*. In: *Extremismus & Demokratie*, 11 (1999), S. 146-166; Staud, Toralf: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005.
- 3| Vgl. Jesse, Eckhard: *Biographisches Porträt: Udo Voigt*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 18 (2006), S. 207-219; Staud (siehe hier Anm. 2), S. 18-27.
- 4| Hiermit sind rechtsextremistisch motivierte Geschichtsverfälschungen zur moralischen Entlastung oder Rechtfertigung des „Dritten Reiches“ wie die Leugnung der Hauptkriegsschuld oder des Holocausts gemeint, vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Rechtsextremistische Versuche zur Entlastung des Nationalsozialismus*. In: *Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus*, Bonn 1994, S. 51-81.
- 5| Vgl. Sendbühler, Karl-H.: *Udo Voigt ist neuer NPD-Parteivorsitzender!* In: *Deutsche Stimme*, Nr. 3/4 vom März/April 1996, S. 4.
- 6| Vgl. Seils, Christoph / Pragal, Peter: *Die NPD öffnet sich für militante Neonazis*. In: *Berliner Zeitung* vom 17. Februar 1998.
- 7| Vgl. Dudek, Peter: *Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune. 1945 bis heute*, Köln 1985, S. 140-153.
- 8| Vgl. Tryner, Ian: *Neo-Nazis show muscle*, in: *Guardian* vom 3. März 1997.
- 9| Vgl. Honnigfort, Bernhard: *Die Skinheads stehen im Blaumann da*. In: *Frankfurter Rundschau* vom 2. Mai 1998.
- 10| Vgl. Bergsdorf (siehe hier Anm. 2), S. 79-105; Staud (siehe hier Anm. 2), S. 67-103.
- 11| Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Parteiprogramm Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, Stuttgart 1997, nicht paginiert, *Grundgedanken*, Kapitel 1 und 3.

- 12| Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland*, Berlin o. J. (2002), S. 14, 37f. und 72.
- 13| Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung*, Berlin 2006, S. 12, 15, und 29f.
- 14| NPD-Parteivorstand (siehe hier Anm. 11), nicht paginiert, Punkt 4.
- 15| Vgl. Werth, Christoph H.: *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996.
- 16| Vgl. dazu die näheren Ausführungen in der vorliegenden Analyse in 4.4 Wesensverwandtschaft mit der nationalsozialistischen Ideologie.
- 17| Vgl. Voigt, Udo: *Haben die Nationalen in Deutschland noch eine Chance?* In: *Deutsche Stimme*, Nr. 3/4 vom März/April 1996, S. 8.
- 18| Vgl. von Webenau, A. / Distler, Jürgen: *Kleiner Parteitag gab grünes Licht für NPD-Wahlteilnahme*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 11 vom November 1997, S. 4.
- 19| Vgl. Rabe, Stefan: *NPD-Parteitag bestätigt Udo Voigt im Amt*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 2 vom Februar 1998, S. 4.
- 20| Voigt, Udo: *„Unsere Strategie greift erst in Jahren“ (Interview)*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 11 vom November 1998, S. 3.
- 21| Vgl. Brandstetter (siehe Anm. 26, Kapitel 2), S. 83f.
- 22| Vgl. Voigt, Udo: *„Ziel ist, die BRD abzuwickeln“ (Interview)*. In: *Junge Freiheit*, Nr. 40 vom 24. September 2004, S. 3.
- 23| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Wer wählt warum rechtsextremistisch? Sozialstruktur und Motivation der Wähler von DVU, NPD und REP im Vergleich*. In: *Mut*, Nr. 447 vom November 2004, S. 60-65; Pfahl-Traughber, Armin: *Wer wählt warum rechtsextremistisch? Die soziale Zusammensetzung der Wähler der NPD und die Ursachen für den Erfolg der Partei bei der Landtagswahl 2006*. In: *Freiheit und Recht*, Nr. 4 vom Dezember 2006, S. 3f.
- 24| Vgl. 6.4 Einstellungen und Protest als Wahlmotive für die NPD
- 25| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-4/1992, S. 11-21.
- 26| Vgl. Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, 3. Auflage, Berlin 2000, S. 72-79.
- 27| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/2000, S. 3-14.
- 28| Vgl. Hübner, Ralf: *Zulauf zur NPD in Sachsen „besorgniserregend“*. In: *Der Tagesspiegel* vom 5. Juni 1998.
- 29| Vgl. Honnigfort, Bernhard: *In Sachsen nimmt die NPD auf, was die Neonazi-Zirkel hergeben*. In: *Frankfurter Rundschau* vom 24. Januar 1998.
- 30| Vgl. Steglich, Henrik: *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs*, Göttingen 2005, S. 59-80.
- 31| Vgl. 6.3 Die günstigen Gelegenheitsstrukturen für die NPD in Ostdeutschland
- 32| Vgl. Leggewie, Claus / Meier, Horst (Hrsg.): *Verbot der NPD oder: Mit Rechtsradikalen leben?*, Frankfurt/M. 2002, Staud (Anm. 37), S. 60-66.
- 33| Vgl. Meier, Horst: *„Ob eine konkrete Gefahr besteht, ist belanglos“*. Kritik der Verbotsanträge gegen die NPD. In: *Leviathan* 29 (2001), S. 439-468.
- 34| Vgl. Flemming, Lars: *Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“*, Baden-Baden 2005.
- 35| Vgl. Jesse, Eckhard: *Biographisches Porträt: Horst Mahler*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 13 (2001), S. 183-200.
- 36| Vgl. Jesse, Eckhard: *Soll die Nationaldemokratische Partei verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzweckmäßig, ein Parteiverbot ist rechtmäßig*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 42 (2000), S. 683-697.
- 37| Vgl. 4.2 Die Feindbilder: *Ausländer, Juden und das System* und 4.4 Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen mit der nationalsozialistischen Ideologie

4. IDEOLOGIE UND STRATEGIE DER NPD

Um die aktuelle Entwicklung der NPD besser zu verstehen, sollen hier die ideologischen und strategischen Besonderheiten der Partei gesondert veranschaulicht werden. Hinsichtlich des erstgenannten Gesichtspunktes geht es dabei um den völkischen Nationalismus als ideologischen Kern der Partei, die von ihr propagierten Feindbilder „Ausländer“, „Juden“ und „System“, den neuen Agitationsschwerpunkt Sozial- und Wirtschaftspolitik und die Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen mit der Ideologie des Nationalsozialismus. Danach soll die neue Strategie in Gestalt des „Vier-Säulen-Modells“ näher betrachtet werden: der „Kampf um die Köpfe“, der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Parlamente“ und der „Kampf um den organisierten Willen“. Hierbei werden zunächst die theoretischen Begründungen für das jeweilige Vorgehen beschrieben und diese dann mit den jeweiligen Folgen in der Realität konfrontiert. So wird eine vergleichende Betrachtung von Anspruch und Wirklichkeit der NPD-Strategie möglich.

4.1 DER VÖLKISCHE NATIONALISMUS ALS IDEOLOGISCHER KERN

Fragt man nach dem ideologischen Kern der NPD – also nach dem inhaltlichen Prinzip, woraus sich alle anderen politischen Auffassungen ableiten lassen – so kann dieser in einem

völkischen Nationalismus gesehen werden. Damit ist eine besondere Variante der Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit als Grundmerkmal rechtsextremistischer Ideologie gemeint: Hierbei stellt man nicht nur die Angehörigen der eigenen Nation in ihrer Wertigkeit über andere Menschen, sondern verbindet diese Annahme mit der Ableitung aus einer biologistischen Prägung. Dabei handelt es sich um eine bei modernen rechtsextremistischen Bestrebungen nur noch selten in dieser Deutlichkeit vorkommende Auffassung, sind doch die Gemeinsamkeiten mit einem rassistischen Denken unverkennbar.¹ Stattdessen beruft man sich lieber auf kulturelle Unterschiede, was die NPD allerdings in der Agitation zur Ausländerfrage aus taktischen Gründen mitunter ebenfalls tut. Gleichwohl artikuliert sie gegenwärtig relativ stark ihr Bekenntnis zum Nationalismus völkischen Typs.

Dies veranschaulicht das offene Bekenntnis zum Prinzip „Rasse“, das sich in dem entsprechenden Stichwort des *Politischen Lexikon* der NPD findet. Danach gebe es drei Großrassen mit jeweiligen Unterrassen, wovon aber keine in reiner Form bestehe. Schließlich zitiert man folgende Aussage von Hans F. K. Günther, der als „bedeutender Anthropologe“ vorgestellt wird: „Rasse ist eine Menschengruppe, welche bei allen ihren Vertretern ein in der Hauptsache gleiches leiblich-seelisches Bild zeigt.“² Bei dem erwähnten Günther (1891-1968) handelt es sich aber nicht um einen anerkannten Wissenschaftler, sondern um den sogenannten „Rasse-Günther“. Er wirkte mit seinen zahlreichen rassistischen Schriften im und auf den Nationalsozialismus überaus einflussreich. Günthers Schriften können mit als ideologische Grundlage der damaligen „Rassenpolitik“ angesehen werden.³ Da der NPD dieser historisch-politische Zusammenhang klar sein dürfte, spricht gerade der offene Bezug auf einen solchen Autor in aller Deutlichkeit für einen völkischen Nationalismus.

Rein biologistisch geprägt ist auch das Verständnis vom Volk, das im Parteiprogramm ethnisch als Gemeinschaft der Deutschen und nicht politisch als Gesellschaft der Bürger definiert wird: „Die politische Organisationsform eines Volkes ist der Nationalstaat, in dem ein Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die materiellen Voraussetzungen seines Lebens garantiert. Deutschland ist das Land der Deutschen und somit die Heimstatt unseres Volkes.“⁴ Damit läuft das Wunschbild der NPD auf eine ethnisch homogene Gemeinschaft hinaus. Gleichzeitig lehnt man die Auffassung von einem Menschen im Sinne des universellen Menschenrechtsverständnisses mit individueller

Würde ab. In der Handreichung *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger* heißt es denn auch: „Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die ‚Menschheit‘. Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes.“⁵

4.2 DIE FEINDBILDER: AUSLÄNDER, JUDEN UND DAS SYSTEM

Aus den vorherigen Ausführungen ergeben sich auch die für die NPD typischen Feindbilder, wozu insbesondere Ausländer gehören. In deren Anwesenheit in Deutschland sieht man eine zentrale Ursache für alle innen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme. Im letztgenannten Kontext ist nur von „ausländischen Arbeitsplatzdieben und Sozialschnorrern“⁶ die Rede. Allein diese Formulierung zeigt schon die fundamentale Fremdenfeindlichkeit: Denn unabhängig davon, ob die Ausländer einer Arbeitstätigkeit nachgehen oder von Sozialhilfe leben, gelten sie in dieser Perspektive immer als Objekte der Ablehnung. Auch die Kriminalität erklärt sich die Partei in ihrem Aktionsprogramm durch Ausländer: „Der multikulturelle Wahnsinn der Herrschenden produziert zwangsläufig Kriminalität. Die NPD hat auch aus diesem Grund einen Plan zur Ausländerückführung entwickelt.“⁷ Nimmt man die damit verbundenen Forderungen wortwörtlich, würde dies auf die Vertreibung von über zehn Millionen Menschen aus Deutschland hinauslaufen.⁸

Auch die Juden gelten der Partei nach wie vor als Feinde, wobei man den Antisemitismus aufgrund von Rücksichten auf mögliche strafrechtliche Folgen meist nur in Anspielungen artikuliert. Hierbei finden sich insbesondere Äußerungen im Sinne des politischen und sekundären Antisemitismus: Die erstgenannte Variante suggeriert das Bestehen einer Art „jüdischen Verschwörung“. Darauf führt man auch die Globalisierung zurück, heißt es dazu doch in der Handreichung *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger* über die angebliche „Führung des Großen Geldes“: „Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA.“⁹ Der sekundäre Antisemitismus leitet sich aus der Erinnerung an den Holocaust und der damit verbundenen moralischen Schuld ab. In der erwähnten Handreichung heißt es denn auch: „Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuld kult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen.“¹⁰

Und schließlich gilt auch das bestehende politische System als Feind der Partei. Im Unterschied zur „alten“ NPD macht die „neue“ NPD ihre Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland in aller Deutlichkeit klar. So äußerte etwa der Parteivorsitzende Voigt unmittelbar nach dem Wahlerfolg in Sachsen 2004 in einem Interview: „Es ist unser Ziel, die BRD abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Und weiter heißt es: „Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.“¹¹ Dies soll nach Auffassung der NPD eine ganz andere politische Ordnung sein, geht es ihr doch nach der Handreichung *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger* um die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“¹².

4.3 DER NEUE AGITATIONSSCHWERPUNKT: SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Im Übergangsprozess von der „alten“ zur „neuen“ NPD ließ sich auch eine Schwerpunktverlagerung der Agitationsthemen feststellen: Standen zuvor Ausländerpolitik und Revisionismus im Zentrum, griff die Partei nunmehr verstärkt die Sozial- und Wirtschaftspolitik in ihrer Propaganda auf. Zwar blieben die traditionellen Inhalte nach wie vor in der öffentlichen Darstellung präsent, gleichwohl wurden sie von diesem politischen Themenkomplex überlagert. Exemplarisch dafür stehen kontinuierliche Aufmärsche zum 1. Mai mit globalisierungs- und kapitalismuskritischen Parolen wie „Volks-Wirtschaft statt Globalisierung“, regelmäßige Demonstrationen mit Slogans wie „Kampf dem Kapital! Für Volksgemeinschaft und Nation“, programmatische Schriften unter Titeln wie *Raumorientierte Volkswirtschaft statt ‚Basar-Ökonomie‘* und Plakate mit Aufdrucken wie „Quittung für Hartz IV“.¹³ Gerade das letztgenannte Thema spielte eine Rolle bei der Entscheidung zugunsten der NPD bei der Landtagswahl in Sachsen 2004.

Daher setzen auch die strategisch denkenden Funktionäre der NPD gezielt auf dieses Thema und fordern die „Nationalisierung der sozialen Frage“. Jürgen W. Gansel, Landtagsabgeordneter in Sachsen, bemerkte etwa: „Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus sind nun halt einmal Vergangenheit und nichts als Vergangenheit, Verausländerung,

Hartz IV, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung aber bittere Gegenwart.“¹⁴ Man solle demnach aktuelle und nicht traditionelle Themen in den Vordergrund stellen. Es gelte, die soziale Frage inhaltlich im nationalistischen Sinne zu deuten. In diesem Sinne sollen insbesondere Ausländer für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verantwortlich gemacht werden. Da die PDS (heute: „Die Linke“) sich immer mehr an das System anpasse, könnten nach Gansel „Nationalisten zukünftig noch leichter die Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der Linken herausbrechen und mit nationalen Inhalten aufladen“. Hier sei eine „immense Vertretungslücke“¹⁵ entstanden.

Ein inhaltlich entwickeltes wirtschaftspolitisches Alternativmodell zur beklagten sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklung kann die Partei nicht vorweisen. Zwar existiert eine über hundert Seiten starke Broschüre *Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre*¹⁶, das darin eingeforderte Modell einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ blieb aber mit allgemeinen Verweisen auf die Stärkung der Binnenwirtschaft oder der gewerblichen Vielfalt viel zu allgemein und konzeptionslos. Letztendlich läuft bei der NPD alles auf eine zentrale Forderung heraus, welche mit dem Stichwort „Ausländerrückführung“ im Sinne der klassischen „Ausländer raus!“ Forderung verbunden ist. So bemerkte Gansel: „Vor dem Hintergrund der neoliberalistischen Sozialstaatsdemontage stellt sich immer brennender die Frage: ‚wir‘ (Deutschen) oder ‚die‘ (Ausländer bzw. Ausland)“. Allgemein strebt man die „Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer“¹⁷ an, schaffe dies doch Arbeitsplätze und entlaste das Sozialsystem.

4.4 ÄHNLICHKEITEN UND ÜBEREINSTIMMUNGEN MIT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN IDEOLOGIE

Zahlreiche Äußerungen, Kooperationen und Vorgehensweisen der NPD brachten kritische Betrachter zu der Auffassung, es handele sich um eine nationalsozialistische Partei bzw. ihre Ideologie weise eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf.¹⁸ Eine Bewertung derartiger Thesen hängt davon ab, was konkret unter Nationalsozialismus verstanden wird: Es kann sich dabei erstens um die offizielle Ideologie des „Dritten Reichs“ unter Hitlers Herrschaft handeln. Zweitens stünde dafür auch die mehr „sozialrevolutionär“ ausgerichtete Programmatik der NSDAP in den 1920er Jahren einschließlich der „linken“ Auffassungen der Gebrüder Gregor und Otto Strasser sowie des SA-Chefs Ernst Röhm.

Drittens lässt sich darunter eine völkische Ideologie mit starker Betonung sozialstaatlicher Elemente verstehen. Und viertens kann mit „Nationalsozialismus“ bzw. „nationalem Sozialismus“ eine ganze Ideologiefamilie gemeint sein, welche im rechten politischen Spektrum der Weimarer Republik Nationalismus und Sozialismus zusammendenken wollte.

Ein offizielles Bekenntnis der NPD zum Nationalsozialismus gibt es nicht. Dies erklärt sich aber eventuell durch taktische Rücksichten auf das Ansehen der Partei bei möglichen Wählern, auf die Gefahr eines neuen Verbotsantrags und auf die Auffassungen inner-rechtsextremistischer Bündnispartner. Gleichwohl findet man bei Äußerungen von führenden Funktionären und in der Presse der Partei immer wieder Bekenntnisse, die von einer zumindest sehr wohlwollenden Sicht des „Dritten Reichs“ ausgehen. Gemeint sind damit nicht nur die glorifizierenden Darstellungen zum Kampf der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, sondern Aussagen wie die folgende des Parteivorsitzenden Voigt: „Zweifelloos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann. Ich verkenne aber nicht, dass er letztlich die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands trägt.“¹⁹ Kurzum, Voigt kritisiert lediglich an Hitler, dass er den Krieg nicht gewonnen hat. Demnach würde er sich und die NPD nicht in Gänze zu Ideologie und System des „Dritten Reichs“ bekennen.

Als Ausdruck einer lediglich inner-nationalsozialistischen Kritik an Hitlers Politik kann das Zitat gleichwohl gedeutet werden. Die Partei und ihr Vorsitzender nehmen in dieser Hinsicht keine klare Positionierung vor. Dafür nutzt man typische Begrifflichkeiten der NS-Ideologie immer wieder, sei es beim Bekenntnis zum „völkischen Sozialismus“, der Forderung nach einer „Volksgemeinschaft“ oder der Gegnerschaft zur „Zinsknechtschaft“. In Verbindung mit der „sozialrevolutionären“ Agitation ergeben sich somit starke Überschneidungen mit der NSDAP-Programmatik der 1920er Jahre. Gleichwohl besteht auch eine allerdings nur taktische Differenz: Die heutige NPD vertritt offiziell nicht einen biologischen Rassismus in der Form der NSDAP, bedient sie sich doch auch des „Ethnopluralismus“-Diskurses mit Verweis auf die kulturellen Unterschiede von ethnischen Gruppen.²⁰ Klammert man diesen wohl überwiegend propagandistisch motivierten Gesichtspunkt aus, so kann die NPD im Sinne der anderen drei Verständnisse durchaus als nationalsozialistisch gelten.²¹

4.5 DIE VIER-SÄULEN-STRATEGIE I: „KAMPF UM DIE KÖPFE“

Wie bereits erwähnt verfolgt die NPD seit 1998 eine „Drei-Säulen-Strategie“, die später zu einer „Vier-Säulen-Strategie“ erweitert wurde. Als erste dieser Säulen benannte man in einem Strategiepapier des Parteivorstandes den „Kampf“ bzw. die „Schlacht um die Köpfe“: Demnach solle die „Weiterentwicklung der völkisch-nationalen Programmatik“ nicht allein am Schreibtisch erledigt werden, sondern integraler Bestandteil des täglichen politischen Kampfes sein. Erstens gelte es dazu Persönlichkeiten zum Aufbau intellektueller Netzwerke weit über die Parteigrenzen hinaus zu gewinnen. Hierbei sollten auch ehemalige Angehörige anderer politischer Lager angesprochen werden, wozu selbst Marxisten-Leninisten gehörten, sofern sie „den Sozialismus als Volksgemeinschaft begreifen“. Zweitens müssten alle Begriffe und Ideen hinsichtlich ihrer „mobilisierenden Wirkung auf die Massen“ immer wieder erprobt werden. Die programmatische Arbeit definiere nicht nur die Ziele, sie sei selbst „Teil der operativen Vorgehensweise“²² der NPD.

Die mit dem „Kampf um die Köpfe“ verbundenen Intellektualisierungsbemühungen stießen innerhalb der Partei durchaus auf fruchtbaren Boden: Aus dem monatlich erscheinenden NPD-Organ *Deutsche Stimme*, das vor Mitte der 1990er Jahre noch den Charakter eines langweiligen Mitteilungsblattes zur Verkündung von Kommentaren und Terminen hatte, entwickelte sich im Laufe der Zeit eine anspruchsvollere Zeitung mit grundlegenden Beiträgen zu Ideologie- und Strategiefragen. Verantwortlich für diese Entwicklung waren einige jüngere akademisch gebildete Redakteure (z. B. Jürgen W. Gansel, Andreas Molau, Jürgen Schwab), die zwar der Erinnerung an die NS-Vergangenheit immer noch Raum im Blatt einräumten, aber mit dem Aufgreifen neuerer Entwicklungen und Themen eine Veränderung der inhaltlichen Schwerpunktsetzung einleiteten. Exemplarisch dafür stehen die Artikel zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen, die Debatten über das angemessene strategische Vorgehen oder die Erinnerungen an ideologische Klassiker.²³

Darüber hinaus entstanden in der „neuen“ NPD eine ganze Reihe von theoretischen Schriften, wozu neben dem neuen Parteiprogramm von 1996, dem umfangreichen „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ von 2002 und dem „Europaprogramm“ von 2003²⁴ auch Ausgaben der *Nationaldemokratischen Schriftenreihe Profil* zu „Klarheit im Denken

und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“ von 2001 oder zu „Strategischen Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD“ von 2002²⁵ gehörten. Außerdem bildete sich im Umfeld der Partei mit der „Deutschen Akademie“ eine Organisation heraus, welche Intellektuelle des rechtsextremistischen Lagers sammeln und regelmäßige ideologische Schulungsmaßnahmen durchführen wollte.²⁶ Letztere blieben allerdings ohne größere Resonanz wie viele andere Bemühungen um eine Intellektualisierung. Dies motivierte auch Jürgen Schwab, einen der bedeutendsten Protagonisten dieser Entwicklung, 2005 mit dem Verweis auf die mangelnde Unterstützung der Parteiführung für den „Kampf um die Köpfe“ aus der NPD auszutreten.²⁷

4.6 DIE VIER-SÄULEN-STRATEGIE II: „KAMPF UM DIE STRASSE“

Die zweite Säule der Strategie setzt auf den „Kampf“ bzw. die „Schlacht um die Straße“, wobei es im Kern um die Massenmobilisierung gehen soll. Nach den Ausführungen im Strategiepapier des NPD-Vorstandes könne eine nationale Partei ohne finanzielle Förderer „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße“ erreichen. Ansprechbar dafür seien insbesondere junge Menschen, die nicht nur um ihrer beruflichen Zukunft, sondern auch um ihrer nationalen Identität willen an Demonstrationen teilnehmen würden. Hierbei dürfe es keine Tabus geben, sollten doch auch Jugendliche aus dem Skinhead-Bereich angesprochen werden. Solche Gruppen seien angesichts des „Verfalls der Volksgemeinschaft in der BRD“ eine soziologische Selbstverständlichkeit. Die NPD habe keine Probleme mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit seien, „als politische Soldaten zu denken und zu handeln“. Dann zeige sich auch, dass es sich um wertvolle junge Menschen handele, welche es für den „Wiederaufbau der Volksgemeinschaft“²⁸ zu gewinnen gelte.

Die letztgenannten Gesichtspunkte setzte die Partei direkt in die Tat um: Unmittelbar nach Voigts Wahl zum Parteivorsitzenden führte die NPD zahlreiche öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen mit einer hohen Teilnehmerzahl von Angehörigen der Neonazi- und Skinhead-Szene durch.²⁹ Es lässt sich sogar von einer Welle kontinuierlicher Veranstaltungen mit dieser Zusammensetzung sprechen, wobei die Teilnehmerzahlen aber zwischen einigen wenigen Hundert und einigen wenigen Tausenden schwankten. Zusammen mit Neonazis und Skinheads bildete die NPD in ihrem Selbstverständnis so die „Nationale Außerparlamentarische Oppo-

sition“ (NAPO), welche Ausdruck des „Nationalen Widerstands“ und der Beginn des Weges an die Macht sein sollte.³⁰ Obwohl mit der Regelmäßigkeit und Teilnehmerzahl der Demonstrationen eine neue Qualität im deutschen Rechtsextremismus erreicht wurde, gelang es der NPD zu keiner Zeit, relevante Potentiale von Teilnehmern außerhalb ihres eigenen politischen Lagers zu gewinnen.³¹

Zum „Kampf um die Straße“ gehörten aber nicht nur Aufmärsche und Demonstrationen, sondern auch andere Veranstaltungen. Entscheidend für das damit verbundene Verständnis ist die öffentliche Präsenz, die der Bevölkerung die politische Kraft der Partei und ihres Umfeldes suggerieren sollte. Insofern können auch Großereignisse der NPD wie die Durchführung des Pressefestes der *Deutschen Stimme* unter diese Kategorie fallen. An ihm nahmen 2004 und 2006 – 2005 war es aufgrund der anstehenden Bundestagswahl abgesagt worden – immerhin rund 7.000 Personen teil.³² Allerdings wirkte zum einen insbesondere das Musikprogramm auf die Teilnehmer mobilisierend und zum anderen fanden sich kaum Personen aus dem nicht-rechtsextremistischen Spektrum ein. In bestimmten Regionen der ostdeutschen Provinz mit regionalen Hochburgen führt die NPD indessen seit Mitte der 2000er Jahre kleinere Sommerfeste durch, welche auch zu gewichtigen Teilen von Personen außerhalb des organisierten Rechtsextremismus besucht werden.

4.7 DIE VIER-SÄULEN-STRATEGIE III: „KAMPF UM DIE PARLAMENTE“

Und mit der dritten Säule der Strategie geht es um den „Kampf“ bzw. die „Schlacht um die Parlamente“. Nach den Ausführungen des Parteivorstandes im Strategiepapier müsse man allein schon wegen der von den „Machthabern“ betriebenen Verweigerung von Grundrechten für die „nationale Opposition“ an Wahlen teilnehmen, würden dadurch doch die Behörden ihre „rechtswidrigen Behinderungspraktiken“ wegen der Gefahr einer drohenden Wahlanfechtung unterlassen. Die NPD müsse aber auch zu Wahlen antreten, weil diese der wichtigste Ausdruck der politischen Willensbildung in einer Demokratie seien. Für die Bürger gelte eine solche Kandidatur als entscheidendes Kriterium der politischen Glaubwürdigkeit einer Gruppierung. Die Wahlteilnahme gilt außerdem als notwendig, weil „die BRD eine Parteiendemokratie“³³ sei, in der Parteien über ein besonderes Privileg bei der politischen Willensbildung verfügten. Sie diene darüber hinaus der Vermittlung der operativen Ziele: Ausbau der Partei-

strukturen, Bekanntmachung der Forderungen und Zuwachs an Mitgliedern.

Die NPD bemüht sich regelmäßig bei Wahlen auf allen Ebenen anzutreten, es sei denn sie muss aufgrund von Wahlabsprachen das Feld der DVU überlassen. Bei ihren Kandidaturen lässt sich ein – schon beschriebenes – ambivalentes Bild zeichnen: Während die NPD seit Mitte der 2000er Jahre offenbar gute Chancen hat, in die ostdeutschen Landesparlamente einzuziehen, ist ihr bei Wahlen in den westdeutschen Ländern noch nicht einmal ein Achtungserfolg gelungen. Dort bewegen sich die Wahlergebnisse unter zwei Prozent der Stimmen, während man im Osten in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit 7,3 und 9,2 Prozent der Stimmen jeweils eindeutig über fünf Prozent lag. Ähnlich verhält es sich bei Kommunalwahlen, verfügt die NPD doch nur in wenigen westlichen Hochburgen über Mandate. Dies erklärt sich teilweise aber dadurch, dass ebendort die Fünf-Prozent-Hürde weggefallen ist. Demgegenüber stellt die Partei in den neuen Bundesländern in etlichen Kommunen nicht nur einzelne Mandatsträger, sondern ganze Fraktionen.

Aufgrund ihres ablehnenden und instrumentellen Verhältnisses zum Parlamentarismus ist die Partei an einer ernsthaften und konstruktiven Arbeit nicht interessiert. Diese Einstellung steht in der Kontinuität der Parlamentsarbeit rechtsextremistischer Parteien, welche in der Regel von geringem Engagement und häufigem Fehlen, provokativem Gehabe und unprofessionellem Vorgehen geprägt war.³⁴ Allgemein lässt sich das Agieren der NPD in den Parlamenten auf zwei Idealtypen reduzieren: Die erste Variante besteht in einer weitgehenden Inaktivität, was vor allem für den Bereich der Kommunalpolitik gilt. Die zweite Variante ist demgegenüber geprägt durch ein höheres Engagement, das auf die Instrumentalisierung des Parlaments abzielt. So nutzt man es primär als Tribüne, um die eigenen politischen Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Mitunter greift die NPD aber auch angebliche oder tatsächliche Missstände oder Verfehlungen auf, um die anderen Parteien in aggressiver Weise als korrupt oder unfähig darzustellen.³⁵

4.8 DIE VIER-SÄULEN-STRATEGIE IV: „KAMPF UM DEN ORGANISIERTEN WILLEN“

Nach dem Wahlerfolg in Sachsen 2004 ergänzte die NPD ihre Drei-Säulen-Strategie um ein viertes Element: den „Kampf um den organisierten

Willen". Damit sprach der Vorsitzende Voigt anlässlich des Parteitages im gleichen Jahr die Bündnispolitik an: Die neue Säule gipfete in der Erkenntnis, dass „organisierter Wille Macht“ bedeute. Demnach ginge es jetzt um die „Bündelung aller nationalen Kräfte“. Bereits nach dem guten Abschneiden bei der Europawahl 2004 hätten sich die Kontakte zur DVU und ihrem Vorsitzenden Gerhard Frey intensiviert. Die folgenden Wahlabsprachen, welche zu einer alleinigen Kandidatur beider Parteien in Brandenburg und Sachsen führten, bedingten nach Voigt den Einzug von DVU und NPD in die beiden Landtage. Der „Kampf um den organisierten Willen“ erfahre darüber hinaus Unterstützung von der „Deutschen Partei“ (DP), ehemaligen Mitgliedern der „Republikaner“, aber auch von vielen „freien Nationalisten“. ³⁶ Mit letzteren waren Angehörige neonazistischer Kameradschaften gemeint.

Tatsächlich setzte nach diesem Parteitag eine – in dieser Form bislang nicht vorhandene – Kooperation verschiedener Teile des Rechtsextremismus mit der NPD ein. Bereits zuvor hatte es die erwähnten Absprachen zwischen DVU und NPD gegeben, welche in der Vermeidung von Konkurrenzmandaturen mündete. Die Gastrede des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey auf dem NPD-Parteitag deutete an, dass eine solche Zusammenarbeit auch für die unmittelbare Zukunft wahrscheinlich wäre. Und in der Tat kam es bereits Mitte Januar 2005 zum „Deutschland-Pakt“ zwischen beiden Parteien. ³⁷ Er sieht für die Zeit bis 2009 eine genaue Vereinbarung über die jeweilige Kandidatur bei einer Wahl vor: In bestimmten Fällen kandidiert nur die DVU oder nur die NPD – und die jeweilige Partei nimmt auf ihre Listen Kandidaten der anderen Partei auf. ³⁸ So erhoffte man, das Problem früherer Konkurrenzmandaturen zu überwinden, nahmen sich dabei doch beide Parteien bei vorherigen Wahlen mitunter entscheidende Stimmen für einen Parlamentseinzug weg.

Ein weiterer Bestandteil des „Kampfes um den organisierten Willen“ war die „Volksfront“-Strategie. Der Begriff entstammt eigentlich aus dem Bereich der kommunistischen Bündnispolitik und sieht die Kooperation einer kommunistischen Partei nicht nur mit Sozialdemokraten und Sozialisten, sondern auch mit Bürgerlichen und Liberalen vor. Hier sollte es aber laut dem Parteivorsitzenden Voigt um eine „Deutsche Volksbewegung“ im Sinne einer „Volksfront für Deutschland“ ³⁹ gehen. Hiermit ist gleichzeitige Kooperation mit der DVU und den „freien Kräften“ gemeint. Die letztgenannte Formulierung bezieht sich auf die Angehörigen der Neonazi-Szene, welche bereits seit Jahren beim „Kampf um die Straße“ ein enger

Bündnispartner der NPD waren. Diese Konstellation barg und birgt allerdings politische Spannungselemente: Die DVU und ihr Vorsitzender gelten in Teilen der NPD und in der Neonazi-Szene als bürgerlich und reaktionär, die DVU distanziert sich aus taktischen Gründen offiziell von den Angehörigen der „freien Kräfte“. ⁴⁰

- 1| Vgl. Backes, Uwe: *Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im euro-päischen Vergleich*. In: Backes / Steglich (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 301-316, hier S. 303f.
- 2| NPD, *Politisches Lexikon*, in: www.npd.de (gelesen am 8. März 2008), Artikel „Rasse“, S. 6.
- 3| Vgl. Weisenburger, Elvira: *Der „Rassepapst“: Hans Friedrich Karl Günther, Professor für Rassekunde*. In: Klößner, Michael / Scholtzky, Joachim (Hrsg.): *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, Konstanz 1997, S. 161-199.
- 4| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 11, Kapitel 3), nicht paginiert, Kap. 1. *Grundlage des Staates ist das Volk*.
- 5| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 13, Kapitel 3), S. 14.
- 6| Gansel, Jürgen W.: *Gegen Einwanderung, europäische Union und Globalisierung*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 11 vom November 2005, S. 16.
- 7| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 12, Kapitel 3), S. 38.
- 8| Vgl. Kailitz, Steffen: *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*. In: Backes / Steglich (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 337-353, hier S. 341-347.
- 9| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 13, Kapitel 3), S. 19.
- 10| Ebenda, S. 10.
- 11| Voigt (siehe Anm. 22, Kapitel 3), S. 3.
- 12| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 13, Kapitel 3), S. 33.
- 13| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Zwischen „Kampf dem Kapital“ und „raumorientierter Volkswirtschaft“*. *Die Wiederentdeckung der sozialen Frage durch Rechtsextremisten*. In: Michael Bauer (Hrsg.): *Neue Armut, Unterschicht und Prekariat. Aspekte sozialer und ökonomischer Unterprivilegierung*, Aschaffenburg 2008, im Erscheinen.
- 14| Gansel (siehe hier Anm. 6), S. 16.
- 15| Gansel, Jürgen W.: *Der Abschied der Linken von der sozialen Frage*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 12 vom Dezember 2006, S. 19.
- 16| Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“*, Berlin 2007.
- 17| Gansel (siehe hier Anm. 6), S. 16.
- 18| Vgl. z.B. Bergsdorf (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 139f.
- 19| Voigt (siehe Anm. 22, Kapitel 3), S. 3.
- 20| Vgl. Brodkorb, Mathias: *Metamorphosen von Rechts. Über strategische und programmatische Wandlungen des modernen Rechtsextremismus*. In: Brodkorb, Mathias / Schmidt, Thomas: *Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2002*, S. 2-65, hier S. 29-51. Eine andere Auffassung vertritt Brodkorb allerdings hinsichtlich der oben formulierten folgenden Feststellung, vgl. ebenda, S. 54-56.
- 21| Vgl. Kailitz (siehe hier Anm. 8).

- 22| NPD-Parteivorstand: *Das strategische Konzept der NPD*. In: Apfel, Holger (Hrsg.): *Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei*, Stuttgart 1999, S. 356-360, hier S. 359.
- 23| Vgl. Hartleb, Florian: *Die „Deutsche Stimme“ – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD?* In: Backes / Steglich (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 355-382.
- 24| Vgl. NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 11, Kapitel 3); NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 12, Kapitel 3); NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Europaprogramm der NPD*, Berlin o. J. (2003).
- 25| Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Klarheit im Denken und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“* (Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 11), Berlin 2001; NPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD* (Profil – Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 12), Berlin 2002.
- 26| Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2006*, Berlin 2007, S. 115.
- 27| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD – Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei*. In: Backes / Steglich (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 383-398.
- 28| NPD-Parteivorstand (siehe hier Anm. 22), S. 360.
- 29| Vgl. Virchow, Fabian: *Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 68-101.
- 30| Vgl. Voigt, Udo: *Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend*. In: Apfel (siehe hier Anm. 22), S. 469-475.
- 31| *Dieser Gesichtspunkt verdient Interesse, will man die Bedeutung des Rechtsextremismus als soziale Bewegung einschätzen, vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung? Aktivitäten und Kooperation von NPD, Neonazis und Skinheads*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16 (2003), Nr. 4, S. 43-54.
- 32| Vgl. *Verfassungsschutzbericht 2006* (siehe hier Anm. 26), S. 88.
- 33| NPD-Parteivorstand (siehe hier Anm. 22), S. 360.
- 34| Vgl. Butterwegge, Christoph u.a.: *Rechtsextremisten in Parlamenten, Opladen 1997; Hafenecker, Benno: Politik der „extremen Rechten“. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach/Ts. 1997; Lepszy, Norbert/Veen, Hans-Joachim: „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, St. Augustin 1994.*
- 35| Vgl. Beier, Katharina u.a.: *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006; Braune, Sven u.a.: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens*. In: Backes / Steglich (siehe hier Anm. 2, Kapitel 3), S. 175-207.
- 36| Rabe, Stefan: *„Wir sind wieder da!“* In: *Deutsche Stimme*, Nr. 11 vom November 2004, S. 12.
- 37| Vgl. Molau, Andreas: *Für eine bessere Zukunft*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 2 vom Februar 2005, S. 1.
- 38| Vgl. hg/de, *Deutschland*. In: *Nation & Europa*, Nr. 2 vom Februar 2005, S. 30f.
- 39| Vgl. Hähnel, Jörg: *Volksfront für Deutschland*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 5 vom Mai 2005, S. 9; Voigt, Udo: *Deutschland braucht eine Deutsche Volksbewegung*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 6 vom Juni 2005, S. 2.
- 40| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Das Gespenst von der „deutschen Volksfront“. Aktuelle Bündnisbestrebungen im organisierten Rechtsextremismus*. In: Günter Gehl (Hrsg.), *Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Weimar 2006, S. 75-84.

5. DIE ANDEREN BEREICHE DES RECHTSEXTREMISMUS UND IHR VERHÄLTNIS ZUR NPD

Nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen 2004 lässt sich bei der NPD eine Art „Staubsauger-Effekt“ ausmachen. Die Partei übte auf die anderen Bereiche des Rechtsextremismus eine hohe Anziehungskraft aus: Eine Reihe von prominenten Vertretern aus den unterschiedlichsten Kontexten dieses politischen Lagers trat der Partei bei, andere Strömungen und Teilbereiche näherten sich ihr als Bündnis- und Kooperationspartner an. Nun erhoffen strategisch denkende Rechtsextremisten und die Führungsfunktionäre der NPD eine Aufhebung der Spaltung ihres eigenen Lagers in miteinander konkurrierende Organisationen und Parteien. Darauf hatte die NPD schon Ende der 1990er Jahre gesetzt, war aber von den potentiellen Bündnispartnern abgewiesen worden. Jetzt konnte sie aus einer Position der Stärke heraus noch einmal einen Versuch zur Konzentration der Kräfte unter ihrer Führung unternehmen. Die Entwicklung in den anderen Bereichen des Rechtsextremismus und ihr Verhältnis zur NPD stehen daher im Zentrum der folgenden Ausführungen.

5.1 „DIE REPUBLIKANER“ ALS VERTRETER EINER SICHTBAREN EXTREMISTISCHEN RICHTUNG

Zunächst aber zu einer kurzen Darstellung der jeweiligen Akteure: Am Beginn steht die Partei „Die Republikaner“ (REP)¹, die 1983 als eine Art „Rechtsabspaltung“ der CSU gegründet wurde. In den ersten Jahren ihrer Existenz blieb noch unklar, wohin der politische Weg gehen sollte. Ein Flügel wollte eine bürgerlich konservative demokratische Richtung einschlagen, ein anderer Teil eine formal gemäßigte rechtsextremistische Partei etablieren. Das letztgenannte Spektrum setzte sich durch. Die beiden Mitbegründer der REP Franz Handlos und Eckhard Voigt, zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete der CSU, verließen die Partei. Franz Schönhuber, der frühere stellvertretende Leiter des Bayerischen Rundfunks, übernahm das Ruder. Mit seiner Förderung gelangten zahlreiche frühere Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen in die Partei und übernahmen dort wichtige Funktionen in den unterschiedlichen Bereichen. Gleichwohl gaben sich die REP nach außen hin ein gemäßigtes Image, hoffte man doch so breiter in die Gesellschaft hinein wirken zu können.

Dabei setzten die REP vor allem auf eine fremdenfeindliche Agitation, sollten doch Ausländer für die heterogenen gesellschaftlichen Probleme von der Arbeitslosigkeit bis zur Kriminalität verantwortlich gemacht werden. Nach einem derart zugeschnittenen Wahlkampf gelang es der Partei, bei der Wahl zum Berliner Senat im Januar 1989 7,5 Prozent der Stimmen zu erhalten. Die danach einsetzende öffentliche Aufmerksamkeit machte die REP auch bundesweit bekannt. Nach einem ähnlich ausgerichteten Wahlkampf konnte sie im Juni des gleichen Jahres bei den Europawahlen 7,1 Prozent der Stimmen erlangen. Hierbei handelt es sich um den bislang einzigen Fall, wo einer rechtsextremistischen Partei bei einer bundesweiten Wahl der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelang. Viele Beobachter rechneten damit, dass sich die REP nun längerfristig als Wahlpartei etablieren könnten. Doch die im Herbst 1989 einsetzende deutschlandpolitische Entwicklung ließ die öffentliche Wahrnehmung auf ein anderes Thema und auf die großen Volksparteien fallen.

In der Folge sank die Zustimmung für die REP immer mehr. Lediglich 1992 und 1996 konnte man in Baden-Württemberg mit 10,9 und 9,1 Prozent der Stimmen noch einmal Wahlerfolge erzielen. Im Rahmen der nun aufbrechenden Krise wurden immer mehr Stimmen der Kritik am

Vorsitzenden Schönhuber laut. Daraufhin verzichtete er 1994 auf eine erneute Kandidatur zum Bundesvorsitzenden und überließ seinem langjährigen „Kronprinzen“ Rolf Schlierer das Amt. Dieser konnte mit Ausnahme des erwähnten Erfolges 1996 noch nicht einmal Achtungserfolge bei Wahlen verbuchen. Mit dem Rückgang der Wählerzustimmung sank auch die Zahl der Mitglieder von 20.000 1994 auf 15.500 1997, von 9.000 2002 auf 6.000 2006. Bei Kampfabstimmungen um das Amt des Vorsitzenden konnte sich Schlierer trotz dieser Entwicklung aber immer wieder durchsetzen. Er brachte die Partei darüber hinaus auf einen gemäßigten Kurs, gingen doch eindeutig rechtsextremistische Aussagen mit Ausnahme der fremdenfeindlichen Rhetorik immer mehr zurück.²

5.2 DAS VERHÄLTNISS VON NPD UND REP

Mit dieser strategischen Ausrichtung verbunden war die offizielle Distanzierung von allen extremistischen Kräften, wollte Schlierer doch die REP als eine Art national-konservative Alternative im parteipolitischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland etablieren. Als eine zentrale Voraussetzung dafür sah er eine Imagekorrektur an, sollte die Partei doch möglichst nicht mit dem rechtsextremistischen Lager identifiziert werden. Daher gab es schon in der Ära vor Schlierer Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen. Ehemalige Angehörige aus diesem politischen Lager nahm man indessen durchaus in die Partei auf. Darüber hinaus zeigte sich nicht nur Schönhuber, sondern auch Schlierer zu internen Kooperationen und Wahlabsprachen mit der DVU bereit. Gegenüber der NPD hielt man indessen konsequenter Distanz: Für die Zeit vor 1996 erklärt sich dies aber schlicht dadurch, dass die NPD seinerzeit als Wahlpartei bedeutungslos war, und für die Zeit nach 1996 dadurch, dass die NPD sich fortan offen extremistisch gab.

Die unterschiedliche Zustimmung bei den Wahlen lies in jüngster Zeit eine neue Situation entstehen: Der letzte Erfolg der REP bei einer Landtagswahl liegt über zehn Jahre zurück: 1996 konnte man in Baden-Württemberg noch 9,1 Prozent der Stimmen holen, 2001 waren es nur noch 4,4 Prozent. Ansonsten gelangen allenfalls bei Kommunalwahlen in regionalen Hochburgen Achtungserfolge. Gleichzeitig sank kontinuierlich die Zahl der Mitglieder. Demgegenüber stieg die Zahl der NPD-Angehörigen an. Mittlerweile verfügt die Partei sogar über knapp mehr Mitglieder als die REP. Als weitaus bedeutsamer stellte sich demgegenüber aber der

Wahlerfolg der NPD in Sachsen 2004 – und danach in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – dar. Gleichzeitig konnte die DVU in Brandenburg 2004 erneut in den Landtag einziehen. Beide Parteien verbuchten ihre Erfolge vor dem Hintergrund gemeinsamer Kooperation, und beide Parteien standen hinsichtlich der Mitgliederentwicklung und Wählerzustimmung besser da als die REP.

Dies löste innerhalb der Partei großen Unmut gegenüber der Abgrenzungslinie Schlierers aus: Bereits im Vorfeld der Sachsen-Wahl hatte der dortige Landesverband die Kandidatur zurückgezogen, um damit die Wahlchancen für die NPD zu erhöhen. Dies führte innerhalb der REP zu heftigen Konflikten in deren Folge es zu weiteren Austritten mit teilweisen Neueintritten bei der NPD kam. Der allerdings wenig bedeutsame Hamburger Landesverband löste sich auf und viele seiner Angehörigen wandten sich nun der Partei Voigts zu. Die REP-Bundesführung hielt allerdings an ihrem Abgrenzungskurs fest und lehnte die Beteiligung an einer „Braunen Volksfront“ zusammen mit NPD und Neonazis ab.³ Bei dem Ende November 2004 stattgefundenen Bundesparteitag trat der bündniswillige Parteivize Björn Clemens bei der Wahl um das Amt des Vorsitzenden gegen Schlierer an, konnte aber nur unter einem Drittel der Delegiertenstimmen für sich verbuchen.⁴ Insofern blieb Schlierer trotz aller Kritik aus der Partei mit seinem Abgrenzungskurs auch nach den folgenden Parteitag REP-Vorsitzender.

5.3 DIE DVU ALS FINANZSTARKE, ABER STRUKTURSCHWACHE PARTEI

Einen ganz anderen Parteityp als NPD und REP stellt die „Deutsche Volksunion“ (DVU)⁵ dar: Sie entstand 1971 als Verein, der die Anhänger der zerfallenden NPD und die Leser der rechtsextremistischen *Nationalzeitung*⁶ versammelte. Im Laufe der 1970er und 1980er Jahre entwickelte sich daraus die mitgliederstärkste Organisation, gehörten ihr doch 1976 knapp 5.000 und 1980 über 10.000, 1985 über 12.000 und 1990 22.000 Personen an. Allerdings dürfen die relativ hohen Zahlen nicht überschätzt werden, da die Mitglieder mehrheitlich passiv blieben. Ihre Aktivitäten beschränkten sich weitgehend auf das Lesen der *Nationalzeitung* und den Besuch der jährlichen „Großkundgebungen“ in Passau. Parteipolitische Aktivitäten hatte deren Vorsitzender Gerhard Frey⁷ lange Zeit ausgeschlossen. Erst Mitte der 1980er Jahre kam es zu einer Umorientierung, schien doch die Chance auf erfolgreiche rechtsextremistische

Wahlkandidaturen zu bestehen. In dieser Situation wandelte Frey den Verein in eine Partei um und trat mir ihr erstmals 1987 zu der Wahl zur Bremer Bürgerschaft an.

Nach einem aufwändigen Wahlkampf konnte die „Deutsche Volksunion – Liste D“ mit 3,4 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg erzielen und aufgrund einer wahlrechtlichen Besonderheit einen Abgeordneten in das Parlament entsenden. Weitere Wahlerfolge blieben zunächst aber aus. Erst 1992 zog die zwischenzeitlich wieder in DVU umbenannte Partei mit 6,3 Prozent der Stimmen in Schleswig-Holstein in das Landesparlament ein. Im Osten vermochte man erst 1998 einen Wahlerfolg mit 12,9 Prozent der Stimmen in Sachsen-Anhalt zu erzielen. Hierbei handelte es sich immerhin um das beste Ergebnis für eine rechtsextremistische Partei in einem Flächenland. Kurze Zeit nach dem Einzug in das Parlament zerbrach allerdings die Fraktion: Ähnlich wie zuvor in Schleswig-Holstein führten interne Konflikte und Unmut über die enge Anbindung an die Vorgaben von Frey zur Spaltung und zur Neugründung einer rechtsextremistischen Partei. Darüber hinaus bot die Parlamentsarbeit der DVU nur das Bild von Inkompetenz und Unfähigkeit.

Dies erklärt sich auch dadurch, dass Frey politisch eher unerfahrene Personen zu Mandatsträgern machte, da er diese leichter zu steuern hoffte. Überhaupt verfügt die DVU nicht über eine wirklich entwickelte Parteistruktur mit aktiven Mitgliedern. Sie ist nur existent dank der enormen finanziellen Mittel, welche der Vorsitzende in Wahlkämpfe investieren kann. Eine klare Programmatik und Strategie besteht darüber hinaus nicht: Die politischen Grundpositionen bestehen in allgemeinen Forderungen, welche nur selten ein klares rechtsextremistisches Profil aufweisen. Diese Ausrichtung kann man eher in dem in *Deutsche Nationalzeitung* umbenannten Publikationsorgan und der Bündnispolitik mit einer eindeutig antidemokratischen Kraft wie der NPD ausmachen. Als Partei spielt die DVU lediglich in Brandenburg eine Rolle, konnte sie ebendort doch 1999 mit 5,3 und 2004 mit 6,3 Prozent in den Landtag einziehen und eine halbwegs arbeitsfähige Fraktion etablieren. Die Mitgliederzahlen sanken in den letzten Jahren stark von 2002 13.000 auf 2007 7.000.

5.4 DAS VERHÄLTNISS VON DVU UND NPD

Trotz der gegenwärtigen Kooperationen und Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD kann das Verhältnis zwischen den beiden Teilen des

Rechtsextremismus nicht als konfliktfrei und unbelastet gelten. Dies hängt erstens mit dem allgemeinen Ansehen der DVU und der Person Frey in diesem politischen Spektrum zusammen: Der Verleger gilt dort als opportunistischer und skrupelloser „Geschäftemacher“, der durch den Verkauf von Materialien, Tonträgern und Zeitungen finanziellen Gewinn macht, aber letztendlich immer nur dem „nationalen Lager“ geschadet habe. Daher rührt auch der auf Frey gemünzte Spruch: „An Deutschland verdienen anstatt Deutschland zu dienen“. So rief er bei früheren Wahlen vor dem Bestehen der DVU als Wahlpartei mitunter auch zur Wahl der Unionsparteien und nicht der NPD oder der REP auf. In anderen Fällen führte die Konkurrenz Kandidatur der DVU zu diesen beiden Parteien zu einer Aufsplitterung der Wählerzustimmung und damit auch zu einer Verhinderung parlamentarischer Präsenz der Rechtsextremisten.

Auch das direkte Verhältnis von DVU und NPD war immer wieder von damit zusammenhängenden Spannungen geprägt: Frey trat zwar Mitte der 1970er Jahre der NPD bei und hoffte auf die hohe Funktion des stellvertretenden Parteivorsitzenden, scheiterte aber 1975 am Votum der Delegierten des Parteitag.⁸ Später wandte er sich wieder von der NPD ab und stand mit seiner DVU mal als Konkurrent, mal als Verbündeter zu ihr. Wahlabsprachen und -bündnisse kamen zwar immer wieder zustande, sie zerbrachen allerdings angesichts mangelnder Erfolge relativ schnell. Gleichzeitig führten die Kooperationsversuche bereits innerhalb der „alten“ NPD zu heftigen Kontroversen.⁹ Die gegenwärtige Zusammenarbeit mit der „neuen“ NPD muss vor diesem Hintergrund gesehen werden: Sie ist weniger Ausdruck eines Bedürfnisses von ernsthafter Bündnispolitik, sondern mehr Resultat der Einsicht in die strategische Notwendigkeit. Das eigentliche Motiv lässt sich wohl auf die Vermeidung gegenseitigen politischen Schadens reduzieren.

Hinzu kommen noch weitere Gesichtspunkte für eine konfliktbeladene Kooperation, welche mit den Bündnispartnern und der Ideologie der NPD zusammenhängen: Während sie sich relativ offen gegen das Grundgesetz stellt, findet man bei der DVU zumindest ein formales Bekenntnis zu ihm. Exemplarisch dafür steht folgende Erklärung: „Ja zum Grundgesetz ... Nein zu Nazismus und Neonazismus“.¹⁰ So politisch unglaublich diese Bekenntnisse sein mögen, sie bedingen aber eine formale Mäßigung in Auffassungen und Handlungen. Demgemäß besteht hier ein Spannungsverhältnis zwischen beiden Parteien, welches sich auch im Widerspruch zu Grundpositionen artikuliert. Hinzu kommt, dass sich die DVU mit der

zitierten Aussage nicht nur von einem bedeutenden Bestandteil der NPD-Ideologie distanziert, sondern auch eine Ablehnung gegenüber zentralen Bündnispartnern der Partei zum Ausdruck bringt. Dies gilt umgekehrt auch für die Neonazi-Szene selbst, sieht man in der DVU eine Partei angepasster und reaktionärer Spießher.

5.5 DIE NEONAZI-SZENE ZWISCHEN AKTIONSORIENTIERUNG UND KAMERADSCHAFTSSTRUKTUREN

Neben dem parteipolitischen Bereich besteht auch ein aktionsorientierter Teil des Rechtsextremismus, wozu insbesondere die Neonazi-¹¹, aber auch die Skinhead-Szene gerechnet werden können. Zur Herausbildung eines „neuen Nationalsozialismus“ – was die Formulierung Neonazismus eigentlich meint – kam es gegen Mitte der 1970er Jahre. Insbesondere aus der jüngeren Anhängerschaft der NPD bildeten sich Kreise, die nicht für formale Mäßigung und einen parlamentarischen Weg eintraten. Aus ihnen entstanden insbesondere im Norden Deutschlands Gruppierungen mit einer offenen Orientierung am historischen Nationalsozialismus. Durch die geschickte Medienstrategie ihres wichtigsten Akteurs Michael Kühnen¹² wurde dieses Phänomen binnen kurzer Zeit öffentlich bekannt. Im Laufe der Zeit näherten sich insbesondere junge Männer aus unteren sozialen Schichten den neonazistischen Gruppierungen mit Vereinsstruktur an. 1989 zählte man nach internen Krisenprozessen allerdings nur noch 1.500 Aktivisten.

Im Osten Deutschlands fanden derartige Organisationen nach dem Fall der Mauer immer größeren Zulauf. 1992 setzte als Gegentrend dann eine ganze Welle von Verbotsmaßnahmen der Innenministerien von Bund und Ländern ein.¹³ In deren Folge konnte zeitweise die organisatorische Struktur der neonazistischen Szene zerschlagen werden. Mitte der 1990er Jahre setzte jedoch ein Umstrukturierungsprozess ein. Fortan organisierte man sich nicht mehr in Form von Vereinen, die verboten werden konnten, sondern in lockeren Personenzusammenschlüssen, die dafür kaum eine Möglichkeit boten. Die damit entstandenen „Kameradschaften“ bildeten nun die dominierende Organisationsstruktur der Neonazi-Szene. Offenbar schien sie Anhänger immer stärker anzuziehen, stiegen doch die Zahlen in dem Bereich längerfristig stark an: Gehörten 2002 noch 2.600 Aktivisten zur Szene, waren es 2007 schon 4.400.¹⁴ Insbesondere das Aufgreifen aktueller Agitationsthemen und die Orientierung an Aktionen dürften dafür verantwortlich sein.

Eng im Umfeld der Neonazi-Szene bewegt sich die Skinhead-Szene.¹⁵ Hierbei handelt es sich um die Anhänger einer jugendlichen Subkultur, die Ende der 1960er Jahre in Großbritannien entstand und zunächst eher unpolitisch war. Im Laufe der Zeit bildete sich eine bedeutsame rechts-extremistische Strömung heraus, welche in den 1980er Jahren auch in Deutschland Verbreitung fand. Insbesondere die jugendkulturelle und musikalische Dimension¹⁶ machte diese Skinheads offenbar für Jugendliche attraktiv, stieg die Zahl der Anhänger im Verlauf der 1990er Jahre von 6.400 auf 10.000 stark an. Trotz des offenen Bekenntnisses zu Gewaltanwendung und Nationalsozialismus existiert dort nur ein diffuses Politikverständnis, bilden die rechtsextremistischen Skinheads doch eher ein Mobilisierungspotential für die Neonazi-Szene und weniger einen eigenständigen Faktor innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. Mittlerweile stagniert die Entwicklung der Szene und die typischen Merkmale einer eigenen Subkultur verschwinden immer mehr.¹⁷

5.6 DAS VERHÄLTNISS VON NEONAZI-SZENE UND NPD

Mit der erwähnten ideologischen und strategischen Umorientierung der „neuen“ NPD wandelte sich auch das Verhältnis der Partei zur Neonazi-Szene. Trotz der gegenwärtig bestehenden Kooperation kann gleichwohl nicht von einem konfliktfreien Verhältnis gesprochen werden. Dies wäre auch angesichts der unterschiedlichen Handlungsstile und Strategien nur schwer vorstellbar: Die NPD möchte breiter in die Gesellschaft hinein wirken, nach erfolgreichen Wahlkandidaturen in die Parlamente einziehen und die damit verbundenen Vorteile für die eigene politische Arbeit nutzen. Dies bedeutet u.a., zumindest offiziell einen legalistischen Kurs zu fahren. Demgegenüber setzt die Neonazi-Szene auf öffentliche Aktionen und provokative Aufmärsche, wobei die Missachtung etablierter Politikformen wie etwa die der Parlamentsarbeit offen zum Ausdruck gebracht wird. Zu bedeutenden Teilen sieht man dies in der NPD ähnlich, gleichwohl bedarf es um der Ausnutzung damit verbundener Vorteile willen einer gewissen Anpassung und Mäßigung.

Dies führte im Laufe der letzten Jahre auch immer wieder zu einem Hin- und Herschwanken zwischen Konflikt und Zusammenarbeit. Zwar näherte sich die NPD seit 1996 ideologisch immer mehr der Neonazi-Szene an und gleichzeitig konnten Angehörige dieses politischen Lagers innerhalb der Partei wichtige Funktionen einnehmen. Dem steht aber die Neigung zur gegenseitigen politischen Instrumentalisierung gegenüber: Für die

NPD sind die Neonazis als wichtiger Mobilisierungsfaktor bei Demonstrationen und im Wahlkampf von Bedeutung, für die Neonazi-Szene eröffnet die Kooperation mit der Partei einen größeren öffentlichen Spielraum. Gleichwohl besteht die Befürchtung, die Eigenständigkeit als relativ autonom agierende Szene von „Kameradschaften“ gegenüber der festen NPD-Struktur zu verlieren. Gerade der Beitritt früher bedeutender Angehöriger des Neonazi-Lagers zur Partei und die Erlangung von Landtagsmandaten von Personen aus diesem Spektrum erhöhte die Ängste vor einer Integration und Vereinnahmung durch die Partei.

Die gegenwärtig relativ konfliktfreie Kooperation von NPD und Neonazi-Szene mit einer hegemonialen Stellung der Partei erklärt sich aber auch durch ihre politische Stärke als Wahlpartei. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Im Falle von fehlenden Erfolgen auf elektoraler Ebene brechen interne Konflikte wieder offener auf. Dies konnte man nach dem Wahlerfolg in Sachsen 2004 beobachten: Zunächst orientierten sich die Neonazis immer mehr in Richtung NPD. Selbst der in dieser Hinsicht immer wieder auf Eigenständigkeit pochende führende Neonazi Christan Worch schloss sich dieser Linie an. Nach dem Scheitern bei den folgenden Landtagswahlen im Westen kamen allerdings schon wieder die ersten Vorbehalte auf. Ähnlich verhält es sich mit den Angehörigen der Skinhead-Szene, die hier aber nur die Rolle eines möglichen Mobilisierungspotentials einnehmen.¹⁸ Gleichwohl traten auch eine Reihe von wichtigen Repräsentanten dieses Lagers des Rechtsextremismus der Partei bei, wofür etwa der ehemalige Sänger der Band „Landser“ Michael Regener steht.

5.7 INTELLEKTUELLE ZWISCHEN FUNDAMENTALISMUS UND MIMIKRY

Auf einer ganz anderen Ebene von Handlungsstil und Niveau bewegen sich die Intellektuellen in dem angesprochenen politischen Lager. Auch wenn deren Bedeutung meist nur als randständig eingeschätzt wird, darf das Vorhandensein eines solchen Personenpotentials nicht ignoriert werden. Dabei können die Intellektuellen nicht als homogener Personenkreis gelten.¹⁹ Hinsichtlich ihrer Aktivitäten und Positionen unterscheiden sie sich sehr wohl – auch und gerade im Verhältnis zur NPD. Hierbei spielen zwei Ebenen eine wichtige Rolle: Bestimmte Intellektuelle äußern ihre Ansichten im Sinne des Fundamentalismus, sie geben also ihre extremistischen Auffassungen deutlich zu erkennen. Andere Intellektuelle formulieren ihre Positionen im Sinne der Mimikry, sie halten sich hinsichtlich

klarer Aussagen formal zurück.²⁰ Damit hängt auch die jeweilige Nähe zum rechtsextremistischen Lager im Allgemeinen und zur NPD im Besonderen zusammen: Während die Erstgenannten hier keine Berührungspunkte haben, halten die Letztgenannten doch Distanz.

Beispielhaft für die Fundamentalismus-Variante stehen akademisch gebildete Autoren, die nicht selten über einen Vorlauf als Redakteure der Wochenzeitung *Junge Freiheit*²¹ verfügten, mit dieser aber aufgrund von persönlichen und strategischen Differenzen brachen und sich als Publizisten im traditionellen rechtsextremistischen Verlagsbereich bewegten. Ein Musterbeispiel für diesen Typus ist Karl Richter, der nach dem Erfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 als Mitarbeiter zur dortigen Fraktion wechselte. Dort versuchte Richter, eine „Dresdner Schule“ zu etablieren. Darunter verstand man eine Art Gegenströmung zur einflussreichen linken „Frankfurter Schule“ der 1960er Jahre. Gleichwohl konnte Richter zusammen mit dem bereits erwähnten Jürgen Gansel noch nicht einmal in Ansätzen an deren Niveau heranreichen. Die offiziellen Verlautbarungen der „Dresdner Schule“ reduzierten sich auch auf wenige Grundsatzpapiere, in denen aber in aller Deutlichkeit die Menschenrechte als ideologische Fiktion diffamiert wurden.²²

Exemplarisch für die Mimikry-Variante steht das „Institut für Staatspolitik“²³, eine 2000 gegründete Einrichtung, die insbesondere in den politischen Konservatismus hineinwirken und darüber hinaus gesellschaftlichen Einfluss erlangen will. Ideologisch orientiert man sich weniger am völkischen Nationalismus, sondern an der Konservativen Revolution. Hierbei handelt es sich um eine Strömung des „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“²⁴, wozu insbesondere die Jungkonservativen gehörten. Zu deren Gedankengut bekennt sich Karlheinz Weißmann²⁵, der neben Götz Kubitschek als „organisatorischer“ und als „theoretischer Kopf“ des Instituts gilt, in aller Deutlichkeit.²⁶ Von ihm stammt auch die Empfehlung, man solle sich in einer ungünstigen politischen Rahmensituation doch eher der Mimikry-Strategie bedienen.²⁷ Aufgrund der damit zusammenhängenden verbalen Mäßigung gelang es dem Institut auch immer wieder, konservative Journalisten oder Politiker als Autoren oder Referenten zu gewinnen.

5.8 DAS VERHÄLTNISS VON INTELLEKTUELLEN UND NPD

Das Verhältnis von Intellektuellen und NPD²⁸ ist abhängig von der strategischen Ausrichtung zwischen Fundamentalismus und Mimikry und der damit verbundenen generellen Nähe zu Organisationen des traditionellen Rechtsextremismus. Nachdem die NPD in den Landtag in Sachsen 2004 einziehen konnte, bewies sie nicht nur ihre politische Stärke innerhalb dieses politischen Lagers. Darüber hinaus konnte sie fortan auch attraktive berufliche Möglichkeiten anbieten. Nicht nur der erwähnte Karl Richter, Redakteur verschiedener rechtsextremistischer Publikationsorgane, wechselte daraufhin zur Landtagsfraktion. Auch Andreas Molau, der zuvor ebenfalls für die Wochenzeitung *Junge Freiheit* tätig war, mit ihr gebrochen hatte und danach als Lehrer an einer Waldorf-Schule arbeitete, wandte sich danach der NPD zu. Und schließlich gilt dies auch für den studierten Historiker Olaf Rose, der sich vor seinem parteipolitischen Engagement eher zurückhaltend geäußert hatte, aber seit seinem Engagement für die Partei weitaus schärfere Positionen formuliert.

Eine eher ungewöhnliche Position nimmt demgegenüber Jürgen Schwab ein: Der studierte Germanist spielte seit Ende der 1990er Jahre eine wichtige Rolle bei den Intellektualisierungsbemühungen innerhalb der NPD: Er erstellte eine Reihe wichtiger ideologischer und strategischer Beiträge für die *Deutsche Stimme*, formulierte neue Grundsatzpapiere für den Arbeitskreis „Volk und Staat“ beim Parteivorstand, initiierte zahlreiche Schulungsmaßnahmen inner- und außerhalb der NPD und veröffentlichte zwei programmatische Bücher.²⁹ Seinen Bruch mit der Partei begründete er mit inhaltlichen und strategischen Differenzen: Letztere bezogen sich auf die fehlende Unterstützung der Parteispitze für die Intellektualisierungsbemühungen. Hierbei kommentierte Schwab in hämischer Weise das intellektuelle Niveau der Führungsfunktionäre. Die strategischen Differenzen verwiesen auf den angeblichen Opportunismus der NPD, habe die Partei doch die parlamentarische Demokratie und den bürgerlichen Kapitalismus akzeptiert.³⁰

Eine Abgrenzung zur NPD nahm auch Götz Kubitschek, der „organisatorische Kopf“ des „Instituts für Staatspolitik“ in einem Interview mit der Parteizeitung *Deutsche Stimme* vor: Darin formuliert er zwar eine scharfe Systemkritik bezogen auf die gesellschaftlichen Folgen der Parteidemokratie und des Zeitalters der Massen. Außerdem heißt es, der Staat fördere eine Entwicklung, welche der deutschen Nation nicht diene.

Kubitschek wollte aber nicht wie die NPD für eine revolutionäre Überwindung plädieren, halte er doch zunächst einmal an einer bestehenden Ordnung fest. Es sei leicht, etwas zu zerschlagen, aber schwer, etwas neu aufzubauen. Darüber hinaus wolle man mit dem Institut andere Typen von Menschen als die NPD ansprechen. Die ihm bekannten Parteimitglieder verfügten über schlechtes Benehmen und unzureichendes Wissen.³¹ Demnach bestehen die Differenzen weniger bei der Frontstellung gegenüber den Normen des demokratischen Verfassungsstaates, sondern mehr hinsichtlich des institutionellen Weges und der ansprechbaren Zielgruppe.

- 1| Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: *Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei*, Bonn 1990; Kailitz, Steffen: *Die Republikaner*, in: Decker / Neu (siehe Anm. 10, Kapitel 2), S. 366-374; Stöss, Richard: *Die „Republikaner“. Woher sie kommen? Was sie wollen? Wer sie wählt? Was zu tun ist?*, Köln 1990.
- 2| Im Verfassungsschutzbericht 2006 heißt es: „Hinsichtlich der REP insgesamt liegen derzeit keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor, die eine gesonderte Darstellung im Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik ‚Parteien‘ veranlasst erscheinen lassen.“ Verfassungsschutzbericht 2006 (siehe hier Anm. 26), S. 52. In der tabellarischen Auflistung des Rechts-extremismuspotentials sind gleichwohl die 6.000 Parteimitglieder genannt.
- 3| Vgl. *Die Republikaner, Keine braune Volksfront!* (Oktober 2004). In: www.rep.de (gelesen am 13. März 2008).
- 4| Vgl. hg/de, *Deutschland*. In: *Nation & Europa*, Nr. 1 vom Januar 2005, S. 52-54, hier S. 53.
- 5| Vgl. Holtmann, Everhard: *Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts*, Opladen 2003; Obszerninks, Britta / Schmidt, Matthias: *DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie?*, Münster 1998; Pfahl-Traughber, Armin: *Deutsche Volksunion*. In: Decker / Neu (siehe Anm. 10, Kapitel 2), S. 250-255.
- 6| Vgl. Dudek, Peter / Jaschke, Hans-Gerd: *Die Deutsche Nationalzeitung. Inhalt, Geschichte, Aktionen*, München 1981.
- 7| Vgl. Mayer, Stefan: *Biographisches Porträt: Gerhard Frey*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 14 (2002), S. 169-181.
- 8| Vgl. Hoffmann (siehe Anm. 11, Kapitel 2), S. 192-201, 239-245.
- 9| Vgl. Corbeau, Stephan: *Die NPD und der Verleger Frey. Eine lange, aber nicht unendliche Geschichte*. In: Apfel (siehe Anm. 22, Kapitel 4), S. 141-149.
- 10| DVU, DVU: *Nein zu Ausländerhass!*, ohne Datum. In: www.dvu.de (gelesen am 11. März 2008).
- 11| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Hitlers selbsternannte Erben. Die Neonazi-Szene. Zur Entwicklung einer rechtsextremistischen Subkultur*. In: *Der Bundesminister des Innern* (Hrsg.): *Texte zur Inneren Sicherheit. Bd. I*, Bonn 1997, S. 81-106; Pfahl-Traughber, Armin: *Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotmaßnahmen*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 9 (1997), S. 156-173; Röpke, Andrea / Speit, Andreas (Hrsg.): *Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis*, Berlin 2004.

- 12| Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: *Biographisches Porträt: Michael Kühnen*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 4 (1992), S. 168-180.
- 13| Vgl. Gerlach, Julia: *Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD*. In: Backes / Steglich (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 233-260.
- 14| Vgl. Thein, Martin: *Der organisatorische Erneuerungsprozess als Bedingung für den Aufschwung des Neonazismus. Eine vergleichende Betrachtung traditioneller Organisationsstrukturen und der „freien Kameradschaften“*, in: Backes / Steglich (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 211-232.
- 15| Vgl. Farin, Klaus (Hrsg.): *Die Skins. Mythos und Realität*, Berlin 1997; Farin, Klaus / Seidel-Pielen, Eberhard: *Skinheads*, München 1993; Menhorn, Christian: *Skinheads: Porträt einer Subkultur*, Baden-Baden 2001.
- 16| Vgl. Baacke, Backe u.a. (Hrsg.): *Rock von rechts*, Bielefeld 1994; Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.): *Rechts Rock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien*, Münster 2002; Mengert, Christoph: *„Unsere Texte sind deutsch“. Skinhead-Bands in der Bundesrepublik Deutschland*, Brühl 1994.
- 17| Vgl. Menhorn, Christian: *Skinheads – eine aussterbende Subkultur? Eine Jugendbewegung im Wandel der Zeit*. In: Pfahl-Traughber, Armin / Rose-Stahl, Monika (Hrsg.): *Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch*, Brühl 2007, S. 284-303.
- 18| Beachtung verdient hinsichtlich des Zusammenhangs von NPD und Skinhead-Szene allerdings die Nutzung der einschlägigen Musik aus diesem Bereich für Propagandazwecke der Partei, vgl. Dornbusch, Christian / Raabe, Jan: *„Protestnoten für Deutschland“*. In: Röpke / Speit (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 154-177.
- 19| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998, S. 153-222.
- 20| Vgl. ebenda, S. 45f.
- 21| Vgl. Braun, Stephan / Vogt, Ute (Hrsg.): *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden*, Wiesbaden 2007; Pfahl-Traughber (siehe hier Anm. 19), S. 206-211; Weber, Matthias: *Zeitschriftenporträt: Junge Freiheit*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 14 (2002), S. 203-226.
- 22| Vgl. Gansel, Jürgen W.: *Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 6 vom Juni 2005, S. 17; Richter, Karl: *Die Dresdner Schule*. In: *Nation & Europa*, Nr. 6 vom Juni 2005, S. 31-33. Vgl. kritisch dazu: Ramelsberger, Annette: *Intellektuelle Glimmstängel*. In: *Das Parlament*, Nr. 45 vom 7. November 2005, S. 3.
- 23| Zu dieser Einrichtung liegt noch keine differenzierte wissenschaftliche Analyse vor.
- 24| Vgl. Sontheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1983.
- 25| Vgl. Pfahl-Traughber (siehe hier Anm. 19), S. 173-179.
- 26| Vgl. Götz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, *„Unsere Zeit kommt“*, Schnellroda 2006, S. 34.
- 27| Vgl. Weißmann, Karlheinz: *Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme*. In: *Criticon*, 16 (1986), Nr. 96, S. 176-178, hier S. 178.
- 28| Vgl. Speit, Andreas: *„Intellektuelle Aufrüstung“*. In: Röpke / Speit (siehe Anm. 2, Kapitel 3), S. 40-66.
- 29| Vgl. Schwab, Jürgen: *Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik*, Stuttgart 1999; Schwab, Jürgen: *Volks-Staat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge*, Tübingen 2002; kritisch dazu: Pfahl-Traughber, Armin: *Literatur aus der „Szene“: Ein „Anti-Globalisierungsbuch“ aus etatistisch-völkischer Sicht*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 15 (2003), S. 320-324.

30| Vgl. Pfahl-Traughber (siehe Anm. 27, Kapitel 4).

31| Vgl. Kubitschek, Götz: „Respektlosigkeit als politische Waffe verwenden“ (Interview). In: *Deutsche Stimme*, Nr. 1 vom Januar 2007, S. 3.

6. ANALYTISCHE EINSCHÄTZUNGEN ZUR BILANZIERENDEN BEWERTUNG DER NPD

Abschließend sollen hier einige bereits angesprochene Fragestellungen und Themen gesondert aufgegriffen und diskutiert werden. Dabei geht es insbesondere um analytische Einschätzungen zur bilanzierenden Bewertung der NPD: Dazu gehört die Ablehnung der Individualität und Dominanz des Kollektivismus als ideologisches Grundprinzip, die Bedeutung der regionalen Basisarbeit als Voraussetzung für eine gesellschaftliche Verankerung der Partei, die günstigen Gelegenheitsstrukturen für Wahlerfolge in den ostdeutschen Ländern, die Diskussion der Bedeutung von Einstellungen und Protest als Wahlmotive für die NPD, die Gegenüberstellung von gesellschaftlichen und lagerinternen Bedingungsfaktoren für die Wahlergebnisse der Partei, eine bilanzierende Einschätzung des politischen Gefahrenpotentials, eine Gegenüberstellung der Argumente für und gegen ein Verbot der Partei und einige kritische Anmerkungen zu Strategien gegen die NPD hinsichtlich der inhaltlichen Auseinandersetzung und gesellschaftlichen Mobilisierung.

6.1 ABLEHNUNG DER INDIVIDUALITÄT UND DOMINANZ DES KOLLEKTIVISMUS ALS GRUNDPRINZIP

Oben wurde der völkische Nationalismus als ideologischer Kern der NPD ausgemacht. Die damit verbundenen Auffassungen münden im Diskurs der Partei in einem formalen Merkmal, das auch allen anderen Varianten des Extremismus eigen ist: der Ablehnung der Individualität und Dominanz des Kollektivismus. Letzteren definierte der Philosoph Karl R. Popper als „Lehre, die die Bedeutung eines Kollektivs oder einer Gruppe wie des ‚Staats‘ (oder eines bestimmten Staates, einer Nation, einer Klasse) der Bedeutung des Individuums gegenüber hervorhebt.“¹ In dieser Sichtweise wird der Einzelne nicht als eigenständiges und souveränes Individuum angesehen, erhält er doch seinen Wert und seine Würde nur durch die Zugehörigkeit zur Gesamtgruppe des Kollektivs. Der zentrale Gesichtspunkt bezieht sich demnach auf den dominierenden Stellenwert der Gruppenzugehörigkeit: Soll diese individuelle Freiheiten und Rechte überlagern, wäre von einem Kollektivismus im Sinne eines Strukturmerkmals extremistischer Ideologien zu sprechen.

Bei der NPD artikuliert sich diese Auffassung in ihrer Ideologie der „Volksgemeinschaft“², wobei der durch den Nationalsozialismus geprägte Begriff offensiv von der Partei verwendet wird. Auch in programmatischen Erklärungen, die sich ansonsten verbal etwas zurückhalten, findet man solche Bekenntnisse. So heißt es etwa im Parteiprogramm: „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. [...] Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen.“³ Das Aktionsprogramm formuliert: „Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört. An ihre Stelle trat eine Ansammlung von Individuen mit egoistischen Zielen.“ Und weiter heißt es zur „sozialen Verwahrlosung“: „Die Ursachen dieser Zerstörung sind in der liberalistischen Ideologie der herrschenden Parteien zu suchen. Sie werden von der Wahnvorstellung getrieben, die Gemeinschaft sei eine Bedrohung für das Individuum.“⁴ Und das Europa-Programm plädiert für eine Staatsordnung, die „auf die Verwirklichung der deutschen Volksgemeinschaft ausgerichtet ist.“⁵

Derartige Auffassungen verkennen die gesellschaftliche Realität in modernen Gesellschaften, worin es ganz unterschiedliche Einzelpersonen und Interessengruppen mit verschiedenen Auffassungen und Zielen gibt. Um deren berechenbares und konfliktfreies Miteinander zu gewährleisten,

bedarf es eines Minimums allgemein gültiger Normen und Regeln. In dieser Hinsicht hat der Staat als Rechtsstaat tatsächlich über der Gesellschaft zu stehen. Die Positionen der NPD richten sich darüber hinaus auch nicht allein gegen eine egoistische und unsoziale Einstellung und Handlungsweise von Individuen und Interessenverbänden. Vielmehr dient die hiermit verbundene Klage über Entwicklungen in der Gesellschaft lediglich dazu, die rigorose Einordnung des Individuums in das Kollektiv einzufordern. Genau diese Zielsetzung verbindet sich auch mit dem historisch-politisch besetzten Begriff der „Volksgemeinschaft“. Der NPD geht es um eine ethnisch und politisch homogene Gesellschaft ohne Pluralismus.

6.2 REGIONALE BASISARBEIT ALS VORAUSSETZUNG FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE VERANKERUNG

Neue politische Bewegungen oder Parteien müssen, wollen sie ihre Anliegen breiter in der Gesellschaft verankern, medial und öffentlich für die Bevölkerung präsent sein. Dabei kann die Einbettung in eine größere Protestbewegung bedeutsam sein wie bei der Partei „Die Grünen“⁶ oder die Unterstützung durch wichtige Medien wie im Fall der „Schill-Partei“ in Hamburg.⁷ Für die NPD bestand und besteht das Problem, dass beide Voraussetzungen für sie nicht gegeben sind. Weder existiert eine breitere soziale Bewegung im rechtsextremistischen Sinne noch lässt sich von einer neutralen oder wohlwollenden Medienberichterstattung sprechen. Um trotzdem gesellschaftlich wirken zu können, strebte die Partei eine verstärkte kommunale Präsenz in ihren Hochburgen an. Entsprechend wandelte sich die strategische Ausrichtung im letzten Drittel der 1990er Jahre. Insbesondere in den östlichen Bundesländern kann für bestimmte Regionen eine zusammen mit Angehörigen der Neonazi- und Skinhead-Szene erfolgte alltagskulturelle Verankerung konstatiert werden.⁸

Nach dem Wahlerfolg in Sachsen äußerte der Parteivorsitzende Udo Voigt in einem Interview zu der Auffassung, es ginge der NPD nicht in erster Linie um Wahlerfolge, sondern um die Verbreitung ihrer Weltanschauung: „Das ist richtig, und dieser Sieg im Zuge des Hartz IV-Protestes wurzelt tatsächlich in einer langjährigen und beharrlichen Basisarbeit in Sachsen, wo wir eine solide Stammwählerschaft aufgebaut haben.“⁹ Auch wenn die letztgenannte Aussage in dieser Form sicherlich übertrieben sein dürfte, vermochte die NPD doch gleichwohl in bestimmten Regionen gesellschaftliche Akzeptanz für sich zu mobilisieren. Dies gelang insbesondere durch

Parteifunktionäre und -mitglieder, die in den jeweiligen Regionen über ein relativ hohes öffentliches Ansehen verfügten. In der Sächsischen Schweiz, wo die Partei über zwanzig Prozent der Stimmen verbuchen konnte, gehörten ihr etwa ein Arzt, ein Handwerksmeister, ein Fahrlehrer und ein Gastwirt an. Sie entstammen nicht sozialen Randbereichen, sondern der vielbeschworenen „Mitte der Gesellschaft“.¹⁰

In sie will die NPD um der längerfristigen Etablierung als Wahlpartei willen verstärkt hineinwirken, womit sich auch ein in den letzten Jahren erfolgter Strategiewechsel erklärt. Zunächst hatte man ganz offen mit Neonazis- und Skinheads kooperiert und Anhänger über entsprechende jugendkulturelle Angebote wie gemeinsame Feiern und Konzertbesuche gefunden. Mittlerweile will die Partei aber weg von einem auf diese sozialen Gruppen bezogenen Image. Der Parteistrategie Gansel forderte etwa den „Marsch in die Mitte des Volkes“. Nach der Bearbeitung ihres gesellschaftlichen Vorfeldes in Form von Heimatvereinen und Studentenverbindungen, Reservisten- und Vertriebenenverbänden könne dieser Schritt durch die NPD vollzogen werden: „Durch einen moderaten Ton, ziviles Auftreten und alltagsnahe Themen hat sie vielerorts die Berührungängste des Normalbürgers deutlich absenken können.“¹¹ Exemplarisch dafür stehen das Aufgreifen kommunaler Probleme, die Durchführung von Sommerfesten oder das Engagement in Bürgerinitiativen.

6.3 DIE GÜNSTIGEN GELEGENHEITSSTRUKTUREN FÜR DIE NPD IN OSTDEUTSCHLAND

Der geographische Schwerpunkt für Engagement und Wahlerfolge der Partei liegt eindeutig in Ostdeutschland. Hier bestehen offenbar günstige Gelegenheitsstrukturen, konnte die NPD doch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre binnen kurzer Zeit überaus aktive Parteistrukturen aufbauen. Demgegenüber entfalten die Landesverbände im Westen nicht annähernd ein so hohes Engagement wie im Osten. Hinzu kommt die relativ hohe Wahlzustimmung, die sich bereits Ende der 1990er Jahre abzeichnete und in den Parlamentseinzügen in Sachsen 2004 und Mecklenburg-Vorpommern 2006 mündete. Demgegenüber schaffte es die NPD bei Landtagswahlen im Westen – mit der Ausnahme des Saarlandes 2004 – in keinem Fall über zwei Prozent der Stimmen zu kommen. Vor Mitte der 1990er Jahre lagen die rechtsextremistischen Parteien im Westen eindeutig vorn.¹² Insofern trägt der Hinweis, es handele sich bei dem Wahlverhalten um eine direkte Folge der autoritären DDR-Sozialisation, als zentrale Erklärung nicht.

In der Ost-West-Verteilung der Wählerzustimmung zugunsten rechtsextremistischer Parteien vollzog sich erst im Jahr 1998 ein Wandel: Exemplarisch dafür steht zum einen das herausragende Ergebnis für die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, erhielt man dort mit fast 13 Prozent den höchsten Stimmenanteil für eine rechtsextremistische Partei im Nachkriegsdeutschland. Zum anderen verbuchten bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr die Kräfte dieses politischen Lagers mit fünf Prozent erstmals mehr Stimmen im Osten als mit 2,9 Prozent im Westen (Vergleichszahlen 1994: 1,2 Prozent im Osten, 2,0 Prozent im Westen). Offensichtlich hat der damit einhergehende Wandel etwas mit vorherigen Entwicklungen in den östlichen Ländern zu tun: Dort setzte Mitte der 1990er Jahre eine negative Bewertung der deutschlandpolitischen Entwicklung ein, war es doch im subjektiven Empfinden entgegen den ursprünglichen Erwartungen nicht zu einer raschen Verbesserung, sondern eher zu einer subjektiven Verschlechterung der Lebensverhältnisse gekommen.¹³

Insbesondere die befürchtete oder tatsächliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und der breitere und steigende Unmut über die Regierungspolitik führten zu einem politischen Klima, das die Abkehr vom Wahlverhalten zugunsten der im Bundestag vertretenen Parteien mit erklärt. Teilweise artikuliert sich diese Stimmung in der sinkenden Beteiligung an Wahlen, teilweise in einem Votum zugunsten der PDS bzw. „Linken“, teilweise in einer Stimmabgabe für eine rechtsextremistische Partei. Insbesondere in den sozioökonomisch unterentwickelten Regionen der ostdeutschen Provinz, die von Perspektivlosigkeit und Unzufriedenheit geprägt waren, entstanden günstige Gelegenheitsstrukturen für die NPD. Eher indirekt erklären sich deren Wahlerfolge durch die DDR-Vergangenheit, hatte der SED-Staat doch auch durch seine autoritäre und monokulturelle Ausrichtung die politische Kultur in Ostdeutschland geprägt.¹⁴ An derartige Einstellungen und Mentalitäten konnten die rechtsextremistischen Parteien mit ihrer fremdenfeindlichen und nationalistischen Propaganda anknüpfen.

6.4 EINSTELLUNGEN UND PROTEST ALS WAHLMOTIVE FÜR DIE NPD

Nach Erfolgen rechtsextremistischer Parteien bei Wahlen kursiert unter Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern meist sehr schnell folgende Erklärung: Es handele sich in erster Linie um ein Protestverhalten aus

Unmut über die etablierte Ausländer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Wähler der entsprechenden Parteien könnten selbst nicht als rechtsextremistisch bezeichnet werden. Es gibt eine Reihe von Argumenten, die eine solche Interpretation scheinbar stützen: Die Wähler entstammen meist den unteren sozialen Schichten mit formal geringer Bildung und sind Arbeitslose und Arbeiter. Entscheidend für die Zustimmung zugunsten von DVU, NPD oder REP waren die Themenfelder Ausländer- oder Sozialpolitik, und von einer engen Bindung an die jeweilige Partei kann nicht gesprochen werden. So zutreffend diese Aussagen für sich genommen sind, so wenig können sie aber andere Gesichtspunkte ausblenden: Hierzu gehört als bedeutender Bedingungsfaktor das Bestehen eines rechtsextremistischen Einstellungspotentials in der Bevölkerung.

Darüber geben eine Reihe von empirischen Studien Auskunft¹⁵, welche aber auch mit nicht eindeutig rechtsextremistischen *Items* arbeiten und dadurch bedingt zu einer verzerrten Bewertung des Gesamtpotentials kommen. Exemplarisch dafür steht die von den Psychologen Elmar Brähler und Oliver Decker vorgelegte Arbeit „Vom Rand zur Mitte. Rechts-extreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“¹⁶. An ihr kann berechnete methodische Kritik geübt werden¹⁷, gleichwohl veranschaulichen einige *Items* erstaunlich hohe Zustimmungswerte (aufaddiert „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“): „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“: 15,2 Prozent, „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“: 26 Prozent, „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“: 14,8 Prozent oder „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“: 13,6 Prozent.¹⁸

Selbst wenn man bei den Zustimmungswerten mehr von rechtsextremistischen Orientierungen und weniger von einer Weltanschauung sprechen sollte, veranschaulichen diese Ergebnisse ein nicht zu unterschätzendes Einstellungspotential. Es liegt weit über den Wahlergebnissen der NPD und veranschaulicht die Existenz eines noch nicht ausgeschöpften Reservoirs.¹⁹ Hierbei verdient Beachtung, dass die erwähnten Einstellungen besonders bei älteren Männern im Westen präsent sind. Ebendort konnte die Partei bislang noch gar keine sonderliche Zustimmung mobilisieren. Das erwähnte Einstellungspotential erklärt für sich allein aber auch nicht die Neigung zur Wahl der NPD. Hinzu kommen muss die erwähnte Protesthaltung, die in der Verkopplung mit den ideologischen Mentalitäten

dann zu einer solchen Entscheidung führt.²⁰ Darüber hinaus verdient noch folgende Erkenntnis der Wahlforschung zur „alten“ NPD Beachtung: Nach kontinuierlichen Wahlerfolgen näherte sich die soziale Zusammensetzung der Wähler der Partei immer mehr der der Gesamtbevölkerung an.²¹

6.5 EXTERNE UND INTERNE BEDINGUNGSFAKTOREN FÜR DIE NPD-WAHLERGEBNISSE

Die vorstehenden Ausführungen ermöglichen hier eine bilanzierende Erörterung zu den Ursachen für die NPD-Wahlergebnisse der letzten Jahre. Dabei sollte deutlich geworden sein, dass sich die zu erörternde Entwicklung nicht eindimensional und monokausal erklären lässt. Zwar machen sich inhaltliche Zuspitzungen, die etwa in der „Durchkapitalisierung der Gesellschaft“ oder dem „Verlust von Werten“ den alleinigen Grund für den Rechtsextremismus sehen, in den Medien gut. Gleichwohl können sie nur eingeschränkt erklären, warum es in gewisser Weise zu einer Renaissance des parteipolitischen Rechtsextremismus kommt. Hierfür spielen eine Fülle von Bedingungsfaktoren eine Rolle, welche nach externen und internen Gesichtspunkten unterschieden werden können. Für letzteres stehen die Entwicklungen im rechtsextremistischen Lager selbst, also die Angebotsseite. Mit den externen Faktoren sind die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, also die Nachfrageseite, gemeint.

Zu den internen Faktoren gehören folgende Aspekte:

- Erstens werden verstärkt soziale Themen im rechtsextremistischen Kontext propagiert. Statt die apologetische Deutung des Nationalsozialismus ins Zentrum zu stellen, setzt man auf eine „Nationalisierung der sozialen Frage“.
- Zweitens bemüht sich die NPD um ein bürgerliches Auftreten in der Öffentlichkeit. Ihre Strategen behaupten, durch einen moderaten Ton und seriöses Wirken seien die Berührungängste der Normalbürger gesunken.
- Drittens leistet die Partei im kommunalen Bereich mitunter engagierte Basisarbeit. Hierzu gehört das Engagement in Bürgerinitiativen ebenso wie die Durchführung von Sommerfesten.
- Viertens zielen spezifische Kultur- und Politikangebote auf junge Menschen. Hierzu gehören Fußballturniere, „Schulhof“-CDs oder Zeltlager.

- Fünftens ermöglicht eine erfolgreiche Bündnispolitik die Konzentration der Kräfte. Mit der DVU schloss man längerfristige Vereinbarungen zur Vermeidung von Konkurrenz kandidaturen. Die Neonazis unterstützen den Wahlkampf der NPD.

Und zu den externen Faktoren zählen folgende Gesichtspunkte:

- Sechstens stellt das Wahlverhalten eine Reaktion von Teilen der Unterschicht dar. Überwiegend entstammen die Wähler der NPD diesen Schichten, welche sich direkt oder indirekt durch die Arbeitsmarktreformen betroffen fühlen.
- Siebtens sinkt die Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie. Mehrere Umfragen veranschaulichen ein wachsendes Ressentiment gegenüber der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie.²²
- Achtens besteht ein relevantes rechtsextremistisches Einstellungspotential in der Bevölkerung. Es kann je nach den genutzten Kriterien auf zwischen sechs und 17 Prozent geschätzt werden.
- Neuntens besteht im Osten eine schwächer ausgeprägte politische Sensibilität gegenüber dem Rechtsextremismus.
- Und zehntens sind die etablierten Parteien in der ostdeutschen Provinz kaum präsent. Ebenso wie sie fehlen auch häufig andere zivilgesellschaftliche Gegenkräfte, wodurch Rechtsextremisten das Feld überlassen bleibt.²³

6.6 EINE BILANZIERENDE EINSCHÄTZUNG DES POLITISCHEN GEFAHRENPOTENTIALS

Wie gefährlich sind demnach die NPD und der Rechtsextremismus für die Demokratie? Eine differenzierte Beantwortung dieser Frage muss verschiedene Ebenen unterscheiden, wozu primär die gesellschaftliche und lagerinterne Dimension zählen. Darüber hinaus sollte das Ineinandergreifen bzw. Wechselverhältnis beider Bereiche berücksichtigt werden. Zunächst zu einer problemorientierten Einschätzung der NPD als politischem Akteur: Erfüllt sie die Kriterien, die aus historischer und internationaler Perspektive die Merkmale einer erfolgreichen rechtsextremistischen Wahlpartei sind? Hierzu gehören die innere Geschlossenheit der Organisation, die Präsenz eines charismatischen Vorsitzenden, das Vorhandensein einer respektablen Führungsgruppe, die hohe Zahl aktiver Mitglieder und Sympathisanten, das populistische Aufgreifen von Alltagserfahrungen, die Besetzung eines oder mehrerer Diskursthemen, das propagierte

Image einer gemäßigten und seriösen politischen Kraft sowie die breite Beachtung in Medien und Öffentlichkeit.²⁴

Entgegen des öffentlichen Erscheinungsbildes handelt es sich um keine geschlossene und homogene Kraft, wovon die internen Konflikte und Zustände zeugen.²⁵ Der Parteivorsitzende Voigt verfügt zwar über ein integrierendes und organisatorisches Geschick, kann aber wohl kaum als angesehener und charismatischer Politiker gelten. Mit Ausnahme weniger jüngerer Akademiker verfügt die NPD über keine kompetenten und vorzeigbaren Funktionäre. Die Zahl der Mitglieder bewegt sich aktuell unter 8.000 und macht demnach gerade mal ein Drittel der Angehörigen der „alten“ NPD 1968 aus. Die teilweise Besetzung von Themen des öffentlichen Diskurses wie „Protest gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik“ gelang nur zeitweise bei bestimmten Wählergruppen. Innerhalb des Rechtsextremismus verkörpert die NPD nicht eine „gemäßigte“, sondern eine „harte“ Variante – was für die breitere gesellschaftliche Wirkung abträglich ist.²⁶ In Medien und Öffentlichkeit kann zwar von einer Präsenz – aber nur im negativen Sinne – gesprochen werden.

Diesem „Angebot“ des rechtsextremistischen Lagers steht aber eine „Nachfrage“ aus der Gesellschaft gegenüber. Wie die Ausführungen zum rechtsextremistischen Einstellungspotential – unabhängig von seiner konkreten quantitativen Bezifferung – deutlich gemacht haben, existiert durchaus ein politisch geneigtes Wählerpotential von über fünf Prozent. Bislang konnte es von der NPD – zumindest im Westen – noch nicht breiter mobilisiert werden. Dies hängt zum einen mit der in den alten Bundesländern besseren sozialen und wirtschaftlichen Situation zusammen. Und zum anderen verfügt die NPD über ein unseriöses und zwielichtiges Image. Selbst ideologische Sympathisanten halten von daher eher Distanz. Insofern versuchen die Strategen der Partei auch, ihr ein bürgerlicheres und seriöseres „Gesicht“ zu geben. Dem stehen aber die Aggressivität des Extremismus und die Bündnispolitik mit Neonazis im Weg. Um ihr Wählerreservoir auszuschöpfen, müsste sich das negative Ansehen der NPD ändern und der Unmut über die etablierte Politik erhöhen.²⁷

6.7 ARGUMENTE FÜR UND GEGEN EIN NPD-VERBOT

Bei der Diskussion um die richtige Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Allgemein und der NPD im Besonderen taucht immer

wieder die Forderung nach einem Verbot der Partei auf. Aus wissenschaftlicher Sicht kann dazu keine eindeutige Position formuliert werden, lassen sich doch nur Argumente für und gegen einen solchen Schritt benennen. Letztendlich handelt es sich bei der Einleitung eines Verbotsverfahrens in einem solchen Fall um eine politische Entscheidung. Sie kann sich allerdings auf die rechtliche Möglichkeit für einen solchen Schritt stützen: Der Artikel 21, Absatz 2 des Grundgesetzes²⁸ ermöglicht das Verbot einer verfassungswidrigen Partei durch das Bundesverfassungsgericht.²⁹ Gleichwohl bewegt sich ein solcher Schritt immer im Spannungsfeld von politischen Freiheiten und wehrhafter Demokratie.³⁰ Weitaus bedeutsamer für die inhaltliche Diskussion um die Angemessenheit eines NPD-Verbotest ist demgegenüber die Frage: Welches Problem soll konkret durch einen solchen Schritt gelöst werden?

Hier die Argumente für ein Verbot: Es würde einem bestimmten Lager des Rechtsextremismus die Strukturen zur politischen Arbeit nehmen. Weder könnte es zu Wahlen antreten, noch die Vorteile des Partei-Status etwa bei der Anmeldung von Demonstrationen nutzen. Es könnte auch nicht mehr wie bisher gezielte Agitation betreiben. Darüber hinaus wäre es nicht mehr möglich, nach Erfolgen bei Wahlen, an der staatlichen Parteienfinanzierung zu partizipieren. Ein Verbot würde gerade jene eng mit der NPD verbundene Möglichkeit des öffentlichen Agierens längerfristig einschränken: die Durchführung von größeren Aufmärschen und Versammlungen. Und außerdem dürfte dadurch auf den legalistischen Teil des Rechtsextremismus insoweit politischer Druck ausgeübt werden, dass man sich in Auffassungen und Handlungen distanziert und mäßigt. Für die gesamtgesellschaftliche Perspektive könnte so ein Zeichen gesetzt werden, ganz im Sinne der streitbaren Demokratie mit einer Toleranzgrenze für die Intoleranten.

Nun zu den Argumenten gegen ein Verbot: Ein solcher Schritt träfe zwar die Parteistruktur, aber nur eingeschränkt die Parteimitglieder. Menschen mit ihren Meinungen lassen sich in einer pluralistischen Gesellschaft nicht verbieten. Wie würde das in der NPD organisierte Personenpotential also reagieren? Ein gewisser Teil dürfte resignieren und sich zurückziehen. Ein anderer Teil würde anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen beitreten und weiter wirken. Insbesondere die aktionsorientierten jüngeren Mitglieder könnten sich stärker militanten Organisationen aus dem Bereich der Neonazi- und Skinhead-Szene zuwenden. Auf das Gros der bisherigen rechtsextremistischen Gewalttaten dürfte ein NPD-Verbot

aber keine gravierenden Auswirkungen haben, lässt sich doch zwischen beiden kein unmittelbarer Zusammenhang herstellen. Und schließlich gilt es noch zu berücksichtigen, dass der Staat es sich mit einem schlichten Verbot zu einfach macht und damit nicht die inhaltliche Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen fördert.³¹

6.8 KRITISCHE ANMERKUNGEN ZU STRATEGIEN GEGEN DIE NPD

Die Existenz extremistischer Einstellungen und Orientierungen, Organisationen und Parteien in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft ist ein „normales“ Phänomen.³² Es wird immer politische Tendenzen gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates geben. Letztendlich belegen sie sogar die Geltung und Realität von Grundfreiheiten und Grundrechten – welche eben auch Extremisten bis zum Überschreiten der Schwelle zur strafrechtlichen Relevanz in Anspruch nehmen dürfen und können. Demnach besteht in demokratietheoretischer Sicht in der hohen Bedeutung und nicht im schlichten Vorhandensein des Extremismus eine Gefahr. Das Phantasieren über ein „Viertes Reich“ in Hinterzimmern stellt keine Bedrohung dar, die Entscheidung vieler Wähler zugunsten einer solchen Partei demgegenüber schon. Sie macht auch eine gesellschaftliche und staatliche Gegenwehr und Reaktion nötig. Es sollte dabei mehr um die externe und weniger um die interne Dimension der politischen Bedeutung des Extremismus gehen:

Wenn das politische „Angebot“ der NPD in bestimmten Regionen Deutschlands eine Zustimmung von etwa einem Fünftel der Wähler auslöst, dann bedarf es im öffentlichen Raum einer kritischen inhaltlichen Auseinandersetzung mit deren politischen Positionen. Da die NPD im Unterschied zu den erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien im europäischen Ausland ihre Frontstellung gegen die Normen des demokratischen Verfassungsstaates ebenso offen zu erkennen gibt wie ihre Nähe zur Ideologie des historischen Nationalsozialismus, dürfte ein solches Vorgehen ungleich leichter sein. Mitunter mag auch schon die genaue Hinterfragung einzelner Behauptungen oder Programmpunkte genügen: Wie sollen bestimmte Forderungen umgesetzt werden? Welche gesellschaftlichen Folgen hätte ein solches Vorgehen? Angesichts des Mangels an realistischen Alternativen und intellektuellen Potentialen bei der NPD dürfte eine solche Auseinandersetzung relativ einfach zu gewinnen sein.

Und wenn die NPD mit Angehörigen der Neonazi- und Skinhead-Szene in bestimmten Regionen eine alltagskulturelle Dominanz erreicht hat, dann bedarf es eines Engagements der viel beschworenen „Zivilgesellschaft“³³, die ihr die Eroberung des öffentlichen Raumes und die Hegemonie über bestimmte Regionen streitig macht. Es muss hier noch einmal daran erinnert werden, dass die NPD lediglich über 7.000 bis 8.000 Mitglieder, die Neonazi-Szene nur über 4.000 bis 5.000 Aktivisten und die Skinhead-Szene allenfalls um die 10.000 Personen verfügt. Demnach lässt sich nicht von einer bundesweit präsenten Massenbewegung sprechen. Allenfalls kann das rechtsextremistische Lager für wenige Regionen eine zeitweilige soziale Dominanz geltend machen. Anstatt auf eine umfassende Verbotspolitik gegenüber diesem politischen Spektrum auch bei öffentlichen Aufmärschen zu setzen, sollte durch ein Mehrfaches an friedlichen Gegendemonstranten ein klarer Eindruck des tatsächlichen Kräfteverhältnisses von Demokraten und Rechtsextremisten deutlich werden.

- 1| Popper, Karl R.: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. I: Der Zauber Platons (1945)*, München 1980, S. 270.
- 2| Vgl. Stolleis, Michael: *Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 20 (1972), S. 16-38; Thamer, Hans Ulrich: *Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie*. In: Gauger, Jörg-Dieter / Weigelt, Klaus (Hrsg.): *Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation*, Bonn 1990, S. 112-127.
- 3| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 11, Kapitel 3), ohne Paginierung, Kap. 3 *Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*.
- 4| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 11, Kapitel 3), S. 10f.
- 5| NPD-Parteivorstand (siehe Anm. 24, Kapitel 4), S. 6.
- 6| Die ersten Wahlerfolge der „Grünen“ erfolgten parallel zu den Aktionen einer überaus aktiven und öffentlich präsenten Friedens- und Ökologiebewegung, vgl. Raschke, Joachim: *Die Grünen – Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993.
- 7| Die Partei erzielte mit 19,4 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 2001 ihren einzigen Erfolg und konnte sich im voraus gehenden Wahlkampf auf die publizistische Unterstützung der in der Stadt einflussreichen Springer-Presse stützen, vgl. Decker, Frank: *Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21/2002, S. 22-31.
- 8| Vgl. Erb, Rainer: *Die kommunalpolitische Strategie der NPD Ende der neunziger Jahre*. In: Lynen von Berg, Heinz / Tschiche, Hans-Jochen (Hrsg.): *NPD-Herausforderung für die Demokratie?*, Berlin 2002, S. 45-61.
- 9| Voigt (siehe Anm. 22, Kapitel 3), S. 3.
- 10| Vgl. Brandstetter (siehe Anm. 26, Kapitel 2), S. 135-138; Steglich (siehe Anm. 30, Kapitel 3), S. 109-122.
- 11| Gansel, Jürgen W.: *Der Marsch in die Mitte des Volkes*. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 5 vom Mai 2006, S. 19.

- 12| Vgl. Backes, Uwe: *Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland*. In: *Totalitarismus und Demokratie* 4 (2007), Nr. 1, S. 17-43, hier S. 19f.
- 13| Vgl. Stöss (siehe Anm. 26, Kapitel 3), S. 65-70.
- 14| Vgl. Poutrus, Patrice G. / Behrends, Jan C. / Kuck, Dennis: *Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/2000, S. 15-21.
- 15| Vgl. Bergmann, Werner: *Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990 bis 2000*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Auf dem Weg zum Bürgerkrieg*, Frankfurt/M. 2001, S. 41-62; Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2005, S. 58-74.
- 16| Vgl. Decker, Oliver / Brähler, Elmar: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006.
- 17| Vgl. Schroeder, Klaus: *Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“*. In: *Politische Studien. Themenheft 1/2007: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich*, S. 83-119.
- 18| Vgl. Decker / Brähler (siehe hier Anm. 16), S. 35 und 38f.
- 19| Vgl. Cziesche, Dominik u.a.: *Klammheimliche Zustimmung*. In: *Der Spiegel*, Nr. 5 vom 31. Januar 2005, S. 27-30.
- 20| Vgl. Falter, Jürgen W.: *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinten Deutschland*, München 1994; Klein, Markus / Falter, Jürgen W.: *Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik*. In: Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996, S. 288-312; Pfahl-Traughber, Armin: *Politikverdrossenheit als Ursache des Rechtsextremismus? Zur Motivation der Wähler rechtsextremer Parteien unter besonderer Berücksichtigung der Faktoren Protest und Ideologie*. In: *Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus und Gewalt. Bd. 1*, Bonn 1993, S. 113-135.
- 21| Demnach kann die entscheidende Ursache für solches Wahlverhalten nicht in der sozialen Problemlage bestehen, unterscheiden sich doch die Wähler in dieser Hinsicht. Identisch ist bei ihnen allerdings die politische Bereitschaft, eine rechtsextremistische Partei zu wählen. Dies dürfte mit entsprechenden Einstellungen als Mentalitäten oder Orientierungen zusammenhängen.
- 22| Vgl. Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud: *Demokratie und Sozialstaat*. In: *Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA (Hrsg.): Datenreport 2006*, Bonn 2006, S. 644. Demnach stimmten 2005 der Aussage „Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform“ 71 Prozent der Westdeutschen, aber nur 38 Prozent der Ostdeutschen zu. „Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist“ meinten 27 Prozent der Westdeutschen und 41 Prozent der Ostdeutschen. Demnach gibt es in den neuen Bundesländern eine relative Mehrheit, die eine andere Staatsform als besser ansieht als die jetzige Demokratie in Deutschland.
- 23| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Die Wahlerfolge und -niederlagen der NPD. Externe und interne Bedingungsfaktoren für die Renaissance des parteipolitischen Rechtsextremismus*. In: *Gegen Vergessen*, Nr. 51 vom Dezember 2006, S. 8-11.
- 24| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn 1994, S. 171-174; Stöss (siehe Anm. 2, Kapitel 2), S. 239.
- 25| Vgl. Röbel, Sven / Wassermann, Andreas: *„Propaganda der letzten Tage“*. In: *Der Spiegel*, Nr. 4 vom 21. Januar 2008, S. 34-38.

- 26| Dies unterscheidet die Situation in Deutschland von der in europäischen Ländern, wo sich jeweils die „gemäßigeren“ gegenüber den „härteren“ Parteien des rechten Extremismus bei Wahlen durchsetzen konnten. Exemplarisch dafür stehen die „Freiheitliche Partei Österreichs“, der „Front National“ in Frankreich oder der „Vlaams Belang“ in Belgien. Ihr deutsches „Gegenstück“ wären eigentlich die REP, die aber in ihrer Bedeutung im eigenen politischen Lager nicht nur hinter die NPD, sondern sogar hinter die DVU zurück gefallen sind.
- 27| Gegenwärtig gelingt es offenbar der Partei „Die Linke“ mehr, diese Stimmung in Wählervoten zu ihren Gunsten anzusprechen. Vgl. Butzlaff, Felix: Als David gegen die Goliaths? Der Wahlkampf der Linkspartei zwischen Protest und Alternative. In: Spier, Tim u.a. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 239-274.
- 28| Dort heißt es: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“
- 29| Vgl. Flemming (siehe Anm. 34, Kapitel 3), S. 22-29.
- 30| Vgl. Everts, Carmen: Die Konzeption der streitbaren Demokratie. Das „demokratische Dilemma“. In: Jesse, Eckhard / Kailitz, Steffen (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München 1997, S. 59-82; Jaschke, Hans-Gerd: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991; Jesse, Eckhard: Streitbare Demokratie. Theorie, Praxis und Herausforderungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Berlin 1981.
- 31| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Soll man die NPD verbieten? Thesen zu den Vor- und Nachteilen eines solchen Schrittes. In: Kommune, Nr. 11 vom November 2000, S. 28f.; Pfahl-Traughber, Armin: Contra. In: Forschungsinstitut für Philosophie Hannover (fiph) Journal, Nr. 9 vom Februar 2007, S. 20.
- 32| Vgl. hierzu den als schon klassisch geltenden Aufsatz: Scheuch, Erwin K. / Klingemann, Hans D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12 (1970), S. 321-333.
- 33| Vgl. Roth, Roland: Problemskizze: Rechtsextremismus als Herausforderung der Zivilgesellschaft. In: Moltzen, Dietmar u.a. (Hrsg.): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Lern- und Arbeitsbuch, Bonn 2008, S. 308-322.

7. SCHLUSSFOLGERUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

Wie können bilanzierend Bedeutung und Gefahrenpotential der NPD eingeschätzt werden? Zwar kann die Partei in den ostdeutschen Ländern bei Wahlen gegenwärtig regelmäßig relativ hohe Zustimmungswerte von über fünf Prozent erlangen und spielt alltagskulturell in manchen Regionen der dortigen Provinz eine wichtige Rolle. Darüber hinaus verstand es die NPD, durch eine geschickte Bündnispolitik sowohl mit den aktionsorientierten Neonazis wie mit der parteipolitischen Konkurrenz DVU eine mittlerweile vier Jahre weitgehend funktionierende Kooperation aufrecht zu erhalten. Vergleicht man die NPD allerdings mit erfolgreichen rechtsextremistischen Wahlparteien im europäischen Ausland der Gegenwart oder der „alten“ NPD der 1960er Jahre, so werden deren politische Schwächen doch offenkundig: die fehlende Kontinuität der Wahlerfolge, die geringe organisatorische Entwicklung, die kaum vorzeigbare Führungsmannschaft, die unterentwickelten programmatischen Alternativen, die eingeschränkte politische Themenbreite und das fehlende öffentliche Ansehen.

Gerade der letztgenannte Gesichtspunkt, der sich in rabiater Agitation ebenso wie in den neonazistischen Bündnispartnern zeigt, schreckt offenbar gegenwärtig selbst rechtsextremistisch Eingestellte vor einem Votum zugunsten der NPD ab. Im Unterschied zu den erfolgreichen rechtsextremisti-

schen Wahlparteien Europas gibt die Partei ihre extremistische und pro-nazistische Grundposition deutlich zu erkennen, was die politische Bekämpfung mehr als nur erleichtern sollte. Um so verwunderlich ist hier eine gewisse Hilflosigkeit von Gesellschaft, Parteien und Staat. Hinzu kommt noch, dass die Bündnispartner der NPD keineswegs in einem konfliktfreien Verhältnis zueinander stehen. Die damit zusammenhängenden Spannungen und Widersprüche könnten bei einer Gegenstrategie aufgegriffen werden. Darüber hinaus droht der NPD, dass ihr durch die Partei „Die Linke“, ihr bislang bedeutendstes Agitationsthema in Gestalt des Unmutes über die Sozial- und Wirtschaftspolitik im öffentlichen Diskurs besetzt wird.

Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive gesehen ist das politisch Bedenkliche bei der Wahlzustimmung zugunsten der NPD die Bereitschaft größerer Bevölkerungsteile zu einem Votum zugunsten einer so offensichtlich pro-nazistischen Organisation. Der Hinweis auf ein schlichtes Protestverhalten im Sinne einer wohlkalkulierten Wahlentscheidung, um ein gewisses Thema stärker in die öffentliche Diskussion zu bringen oder gewünschte politische Veränderungen voran zu treiben, trägt allein nicht. Es müsste eigentlich klar sein, dass ein überzeugter Demokrat auch nicht aus einem solchen Kalkül heraus eine Partei wie die NPD wählt. Ein derartiges Verhalten hat auch sehr viel mit einem unterentwickelten demokratischen Bewusstsein oder gar mit eigenen rechtsextremistischen Orientierungen zu tun. Daher sollte jede Gegenstrategie nicht nur die organisatorischen Erscheinungsformen, sondern stärker die gesellschaftliche Basis des Rechtsextremismus ins Visier nehmen.

DER AUTOR

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jg. 1963, ist Politikwissenschaftler und Soziologe und arbeitet als Professor an der Fachhochschule des Bundes Brühl und als Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen: Antisemitismus, Extremismus, Ideengeschichte, Ideologiekritik, Totalitarismus und Zeitgeschichte. Er hat zahlreiche Aufsatz- und Buchveröffentlichungen zu diesen Themen vorgelegt. Hierzu zählt auch die Gesamtdarstellung: „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“, 4. Auflage, München 2006. Darüber hinaus gibt Pfahl-Traughber im Auftrag der Fachhochschule des Bundes Brühl seit 2008 die Reihe „Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung“ heraus, worin im Herbst 2008 erstmals auch das neu gegründete „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET) erscheinen soll.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Dr. Viola Neu
Kordinatorin Wahl- und Parteienforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: robert.bischoff@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie

92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie,
Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei